alhambra zeitung & programm

januar / februar 2012

alhambra
- grundsätzliches -

Das Alhambra ist eines der wenigen Aktions- und Kommunikationszentren dieser Größe in der BRD, das vollkommen unabhängig von staatlicher oder kommunaler Finanzierung und auch Einflußnahme ist. Es gibt keinerlei Zuschüsse. Alle Gelder, von denen das Alhambra existiert, werden gespendet, oder durch Veranstaltungen, wie z.B. Discos eingenommen. Von den (wenigen) Spenden und den Einnahmen aus dem Getränkeverkauf wird der Unterhalt des Alhambra bestritten. Alle anfallenden Arbeiten werden von Leuten bewältigt, die das in ihrer Freizeit unentgeltlich – oft mit Stress und Nerverei verbunden – tun. Das Alhambra ist vollkommen unabhängig und selbstverwaltet. Die manchmal etwas undurchschaubaren Strukturen machen es für Außenstehende etwas schwierig, die entsprechenden Ansprechpersonen zu finden, die auf Fragen antworten können. Jeden zweiten Freitag im Monat trifft sich das einzige Gremium, das über die Belange des Alhambra entscheiden kann, das„NutzerInnen-Plenum". Auf diesem Plenum sind in der Regel VertreterInnen aller Gruppen, die das Alhambra in irgendeiner Form nutzen. Hier wird Organisatorisches besprochen, also wie der Laden genutzt wird, welche Termine wofür vergeben werden etc. Wenn ihr irgendwelche Veranstaltungen im Alhambra machen, oder das Alhambra in anderer Form nutzen wollt: Das NutzerInnen-Plenum ist der einzige Ort, an dem dies besprochen und auch der entsprechende Termin vergeben werden kann.

Hermannstraße 83 26135 Oldenburg
Tel.: 0441-14402 Fax: 0441-21706489
e-mail: alhambra@alhambra.de
www.alhambra.de

Spendenkonto:
LzO, BLZ 280 501 00, Kto.Nr. 000-430 397

zeitung
-unterstützerinnen-

AK Rote Rispe, ALSO-Plenum, Antifaschistische Aktion OL, Antifa-Café, Antira-Plenum Oldenburg/Blankenburg, Arbeitskreis Asyl, AStA der C.v.O.-Uni, Crush Hour Concerts, Die Überflüssigen OL, DKP OL, „Dritte Welt"-Infozentrum&Laden, Feministisches Plenum, Filmriß, Hochschulgruppe Ausländischer Studierender, Infoladen roter strumpf, Jazzclub Alluvium, NaUnd e.V., Oldenburger Rechtshilfe, Die Linke OL, Rosige Zeiten, Tantifa, Wagenburg Blöder Butterpilz

Die einzelnen Beiträge der Alhambra-Zeitung geben nicht unbedingt die Meinung der UnterstützerInnen wieder. V.i.S.d.P.: F. Kischer

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe:
7. Februar 2012

Eigentumsvorbehalt:
Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders/der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist.‚Zur-Habe-Nahme' ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurück zusenden. Der Rest ist auszuhändigen.

Inhalt

Editorial 1
Kurzmeldungen 3

antimilitarismus
Bundeswehrumstrukturierung und Oldenburg 6

internationalismus
Von kurdischem Befreiungskampf, türkischen Nazis & der Frage, was das mit der deutschen Linken zu tun hat 9
Wer sich umdreht oder lacht – steht unter PKK-Verdacht 12
Studiproteste in Chile: „Und er wird stürzen" 16
Interview zu den britischen Riots: Explosive Frustration 19
Neues Denken im Baskenland 22

antifaschismus
Nationalistische & faschistische Demo in HB 24

antirassismus
Anthroposophie: Rote Zahlen auf dem Karma-Konto 26

krise
Käthe erklärt die Krise 31

Editorial

Fangen wir mal mit einer mehr oder weniger guten Nachricht an: Die Todesstrafe gegen den ehemaligen Black Panther-Aktivisten und Journalisten Mumia Abu-Jamal wurde von der Staatsanwaltschaft in Philadelphia fallen gelassen. Natürlich ist diese Entscheidung zu begrüßen, auch wenn die Gerichte 30 Jahre dafür gebraucht haben. Dennoch ändert sich nichts an der Tatsache, dass Mumia nach wie vor sein Leben hinter Gittern fristen muss. 1982 wurde er wegen angeblichen Polizistenmordes zum Tode verurteilt. Das Verfahren gilt als ein Paradebeispiel für die rassistische Justiz der USA und zeichnete sich besonders durch eine handverlesene Jury, unter Druck gesetzte Zeug_innen und eine zweifelhafte Beweislage aus. Nachdem der Oberste Gerichtshof der USA im Oktober 2011 endlich urteilte, dass es im Verfahren schwere Rechtsbrüche gab, sollte nun das Strafmaß neu verhandelt werden. Ein Freispruch stand jedoch niemals zur Debatte. Deshalb ist klar: Der Kampf geht weiter!

Gefreut hat uns, dass der diesjährige Castor-Transport nach Gorleben der längste und teuerste war. Vielfach haben wir im Vorfeld die Befürchtung gehört, dass der „Atomausstieg" die Anti-Atom-Bewegung befriedet hätte und die Proteste dieses Jahr viel kleiner ausfallen würden. Dass das nicht der Fall war, konnte mensch im Wendland erleben. Tausende zogen tagelang durch die Wälder, Wiesen und Felder, um ihren Weg auf die Schiene bzw. die Straße zu finden und dort Widerstand zu leisten. Wie jedes mal gab es ein buntes solidarisches Neben- und Miteinander verschiedenster Aktionsformen (siehe auch die Kurzmeldung dazu). Neu war die Gewissheit, dass Nazis sowohl an den Aktionen teilnehmen (etwa an der Landmaschinenschau in Metzingen) als auch Infrastruktur angreifen (z.B. den Infopunkt Dumstorf) - gut zu sehen war jedoch auch, dass dem (sofern die Nazis erkannt wurden) entschieden entgegengetreten wurde. Hier wird es wohl auch in Zukunft heißen die Augen offen zu halten und wachsam zu sein.

Uns ist ein netter Artikel über den Weg gelaufen, in dem versucht wird, die Krise einfach zu erklären. Yeah, jetzt haben auch die Redaktionsmitglieder, die keine Ahnung von Wirtschaft und erst recht nicht von Staatsanleihen, Euro-Bonds, Bonitäten usw. haben, auch endlich mal was verstanden! Natürlich werden Zusammenhänge verkürzt dargestellt, aber um erst mal eine Idee von diesem großen Etwas namens Krise zu bekommen, reicht's.

Nachdem die konstituierende Ratssitzung für den NPD-Mann Eigenfeld erfreulich unerfreulich war, muss es nun darum gehen, ihm jede weitere Ratssitzung in den nächsten Jahren unerträglich zu machen. (Mehr und aktuelles dazu auf oldenburgnazifrei.tk) Für die Ratssitzung im Dezember stand neben Eigenfeld nerven noch eine Anfrage zum Gutscheinsystem auf der Agenda. Die Stadt Oldenburg gibt immer noch Gutscheine an Flüchtlinge aus, dagegen regt sich schon seit Jahren Wider-

stand – z.B. indem Menschen Gutscheine gegen Bargeld tauschen und dann selbst mit diesen einkaufen, um das rassistische System zu unterwandern. Wir freuen uns auch darüber, dass sich dieser Tausch zur Zeit verbreitert. Flüchtlinge können nun nicht mehr nur beim Infoladen roter strumpf (infozentrum-oldenburg.de) ihre Gutscheine gegen Bargeld tauschen. Diese Form der konkreten Solidarität wird nun auch vom Nicaragua-Verein Oldenburg, dem Forum St. Peter und anderen praktiziert. Die Stadt Oldenburg hatte sich in den 1990ern gegen dieses System ausgesprochen, dann aber eine Weisung der Landesregierung umgesetzt. Auch in einer Resolution des Stadtrates nach dem Flüchtlingsstreik 2006 wurde das Gutscheinsystem von der Stadt in Frage gestellt. Die Anfrage soll die Stadt nun mit ihren scheinheiligen Aussagen gegen das Gutscheinsystem konfrontieren und die Abschaffung fordern. Was dabei herausgekommen ist, können wir euch leider erst in der nächsten Ausgabe mitteilen.

Auf den Seiten 6-8 gibt's den Text „Die Bundeswehr im Wandel", der von einigen Oldenburger Antimilitarist_innen verfasst wurde und einen guten Überblick über die seit 1990 andauernde Bundeswehrumstrukturierung gibt, welche natürlich auch Oldenburg als traditionelle Garnisonsstadt nicht unberührt lässt. Besonders brisant ist die Verlegung des Stabes – das ist übrigens so was wie die Führungsriege – der 1. Panzerdivision von Hannover nach Oldenburg, die erst kürzlich beschlossen wurde. Jener Stab war in den letzten Jahren Veranstalter des Sommerbiwaks in Hannover.

OB Schwandner hat folgendes zu den anstehenden Veränderungen zu sagen: „Ich habe gehört, dass der Standort Oldenburg personell schrumpfen, aber rangmäßig aufgewertet werden soll. Damit könnten wir gut leben". Seine Vorfreude auf diejenigen, die die großen Entscheidungen in der deutschen Kriegsführung in aller Welt treffen, drückt er so aus: „Weniger Köpfe, mehr Sterne."

Ungeklärt bleibt die zukünftige Verwendung des Kreiswehrersatzamtes. Eine Möglichkeit ist, dass es zu einem der 16 neuen „Karriereberatungscentern" der Bundeswehr wird. Jetzt nach dem Wegfall der Wehrpflicht müssen die werten Damen und Herren, die bereit sind für deutsches Großmachtstreben den Löffel abzugeben, ja irgendwie anders rekrutiert werden. Das zu erreichen versucht die Bundeswehr über propagandistisches Allerlei: So zum Beispiel die beiden Bundeswehrkonzerte im Mai und Juli oder den „schicken" Saufstand der Korvette „Oldenburg" in der Innenstadt zur Weihnachtszeit.

Es ist jetzt an uns, diese Propaganda zunichte zu machen und den zukünftigen Oldenburger Sternen einen heißen Empfang zu bereiten...

Viel Spaß mit dieser Ausgabe,

eure Redaktion

Erfolgreicher Protest in Brandenburg...

150 beim Antifa-Stadtteilspaziergang wegen des Farbanschlags auf den jüdischen Friedhof

Oldenburg Am Samstag, dem 19. November um 3 Uhr morgens verübten fünf mit Sturmhauben vermummte Nazis einen Farbbeutelanschlag auf den jüdischen Friedhof an der Dedestraße in Oldenburg-Osternburg. Mehrere Gräber und sechs Grabsteine wurden durch die Farbbeutelwürfe über die Friedhofsmauer hinweg mit weißer Farbe beschmiert. Ein privat mit Fahrrad auf der Dedestraße fahrender Polizist entdeckte die Täter in flagranti und verfolgte sie. Dieser stellte einen der Nazis, welcher nur mittels Pfeffersprayeinsatz flüchten konnte.

Als eine erste Reaktion auf den antisemistischen Farbbeutelanschlag auf den jüdischen Friedhof zogen nach knapp eintägiger Mobilisierung am Abend des 23. Novembers rund 150 Menschen als „antifaschistischer Stadtteilspaziergang" durch die Straßen des alten Arbeiter_innenviertels Osternburg. Abgesehen von einigen Parolen und etwas Feuerwerk war die Demonstration vor allem von betroffenem Schweigen geprägt. Bei der Abschlusskundgebung direkt vor dem jüdischen Friedhof wurde zur Solidarität mit den Opfern antisemitischer und rassistischer Gewalt und zum entschlossenen antifaschistischen Widerstand aufgerufen.

Der Appell der RednerInnen, dabei nicht auf die staatlichen Repressionsorgane zu vertrauen, erhielt an diesem Abend erneut seine Legitimität. Während der antifaschistische Stadtteilspaziergang von einem total überzogenem Polizeiaufgebot begleitet wurde, schützte der polizeiliche Staatsschutz eine Ansammlung von etwa sechs bis sieben Nazis der noch jungen „Kameradschaft Oldenburg". Diese hatten sich vor der Wohnung am Gleisweg 1 in Osternburg zusammengerottet – nicht einmal einen Kilometer entfernt vom jüdischen Friedhof. Unter anderem befand sich Daniel Gawender in dieser Gruppe, der ein Gründungsmitglied der Kameradschaftist, zuletzt Vorsitzender des NPD-Ortsbereichs Oldenburg war und sich in einer Ausbildung zum Maler und Lackierer (sic!) befindet.

Zehn Tage nach dem antisemitischen Anschlag wurden sechs Wohnungen von fünf Nazis durchsucht, die zur genannten Nazigruppe gehören. Dabei seien Pfefferspray, Sturmhauben, Teleskopschlagstöcke und Messer sichergestellt worden. Vier von von den fünf sind übrigens Mitglieder der NPD. Es ist davon auszugehen, dass sie den Anschlag verübt haben. Trotz des lächerlichen Haufens, den die Nazis in Oldenburg abgeben, sind der Einzug in den Stadtrat und insbesondere der Anschlag auf den jüdischen Friedhof Grund genug, sich des Problems beherzt anzunehmen ...

Gedenkstätte für die Moorsoldaten

Esterwegen Am 31. Oktober eröffnete nach jahrzehntelanger Blockade durch emsländische Gemeinden die neue Gedenkstätte auf dem Gelände des früheren KZ Esterwegen im Emsland. Errichtet wurde das Lager 1933 vorwiegend zur Internierung politischer Häftlinge. Später wurden auch viele bei »Nacht und Nebel« verhaftete Widerstandskämpfer aus verschiedenen europäischen Ländern und Kriegsgefangene dort inhaftiert. Über die Jahre waren in den insgesamt 14 Emslandlagern rund 80.000 KZ-Häftlinge und Strafgefangene und bis zu 180.000 Kriegsgefangene inhaftiert. Etwa 30.000 Menschen, überwiegend sowjetische Kriegsgefangene, wurden hier durch die harte Arbeit oder auch schlichte Gewalt ermordet.

[regentied]

Sehr lesenswerte Artikel die etwas mehr hergeben als diese Kurzmeldung gibt es u.A. hier:
http://www.taz.de/Neue-NS-Gedenkstaette-im-Emsland/!80928/
http://www.oldenburger-lokalteil.de/2011/11/11/die-holle-der-moorsoldaten/

Gorleben-Castor 2011

Castor-Strecke Am 23. November startete der Castorzug mit 11 Behältern einen Tag früher als geplant in Valognes in Frankreich. Grund waren die erwarteten Störaktionen denen sich die französische Polizei offensichtlich nicht gewachsen sah. Trotzdem wurde der Transport schon kurz nach der Abfahrt massiv blockiert. Ein Trafohäuschen brannte, Schienen wurden verbogen.

++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++

Die Bullen gingen äußerst brutal gegen Demonstrierende vor. Ab Donnerstag Morgen stand der Zug dann 24h nahe der deutsch-französischen Grenze. Im (noch) fernen Wendland fand unterdessen die Schüler_innendemo in Lüchow mit 2000 Teilnehmer_innen statt. Abends wurde dann die traditionelle Landmaschinenschau in Metzingen von der Polizei massiv mit Wasserwerfern, Schlagstöcken und Pfefferspray angegriffen - ein erster Vorgeschmack auf das, was da noch an Bullen-Provokation und -Gewalt kam.

Am Freitag trödelte der Castor-Zug durch Süddeutschland, sein Tempo wurde jedoch nur teilweise durch die zahlreichen Blockadeaktionen bestimmt, den größten Teil des Tages stand der Zug dumm in Neuenkirchen rum. Die Südblockade ließ sich davon jedoch nicht beeindrucken und blockierte den Zug insgesamt mehr als drei Stunden.

Im Wendland fand die Rallye-Monte-Göhrde mit mehren Tausend Leuten statt, die barrikaden-bauend, bullennervend und schiene-suchend durch den Wald geisterten. Nachts suchten die Bullen das Camp Matzingen mit Wasserwerfer, Räumpanzer und einigen Hundertschaften heim, um die wohlverdiente Nachtruhe zu stören und wahllos Menschen zu verprügeln.

Nachdem schon am Donnerstag in Metzingen Nazis bei der Landmaschinenschau gesichtet wurden griffen Nazis in der Nacht auf Samstag den Infopunkt in Dumstorf an, beschmierten ein Zelt mit Hakenkreuzen und zerstörten ein anderes.

Während sich am Samstag „Castor? Schottern!“ dazu „entschloss“ etwa 9 km zur Schiene zu laufen - die Bullen hatten das gesamte Camp Metzingen umstellt und ließen keine Autos raus, Menschen wurde sämtlicher Schutz und teilweise auch Handschuhe abgenommen - machten sich wieder einige Tausend auf in die Göhrde, dem Aufruf „Ende im Gelände!“ folgend. In großen und kleinen Mobs wurde immer wieder erfolgreich geschottert, die Schiene verbogen oder einfach die Bullen auf Trab gehalten. An der gleichzeitig stattfindenden Demonstration in Dannenberg nahmen über 452 Landmaschinen und 25.000 Menschen teil. Abends gelang es „widerSetzen“ erneut bei Harlingen auf die Gleise zu kommen. Die Blockade wuchs im Laufe der Nacht auf über 5000 Menschen an, wurde jedoch in der Nacht geräumt. Die Bullen kesselten danach etwa 1400 Menschen und hielten sie die ganze Nacht fest. Währenddessen gelang es vier Aktivist_innen sich bei Vastorf in einem unter der Schiene versteckten Betonklotz anzuketten. Die Bullen brauchten 15 Stunden, um sie zu befreien. Den frühen Sonntag Morgen nutzte auch die Bäuerliche Notgemeinschaft, sie lud eine Betonpyramide in Hitzacker ab, an der sich auch prompt vier Menschen anketteten. Im Laufe des Tages entstanden drei Sitzblockaden in unmittelbarer Nähe der Pyramide. Die Bullen mühten sich unterdessen reichlich ab, die Menschen zu „befreien“, verletzten dabei eine Aktivistin und gaben schließlich auf! Die Bäuerinnen und Bauern zwangen die Bullen öffentlich zuzugeben, dass sie an der Pyramide gescheitert waren. Die Aktivist_innen beendeten nach über 15 Stunden ihre Blockade, da sie ihre Sicherheit nicht mehr gewährleistet sahen.

++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++

Die Castoren erreichten Montag Morgen den Verladebahnhof in Dannenberg - über 100 Stunden nach ihrer Abfahrt in Valognes. Damit war der Transport schon vor der Straßenstrecke der längste jemals.

Wie schon in den letzten Jahren wurde die ganze Zeit über die Logistik der Polizei durch Sand, Schotter, umgekippte Landmaschinen, Kartoffelkisten, entwurzelte Bäume und so weiter auf Zufahrtsstraßen erschwert.

Auch dieses Jahr schaffte es Greenpeace einen Transporter auf der Straßenstrecke im Asphalt zu verankern und so über Stunden die Südstrecke zu blockieren. Viele Kleingruppenaktionen während der Fahrt sorgten für einen der langwierigsten Straßentransporte seit Jahren. Nachdem der Transport im Zwischen-End-Lager eingefahren war, reagierte sich die Polizei mal wieder in Laase ab. Sie stürmte das Sanizelt, die Redner_innen-Bühne und verprügelte Aktivist_innen. Insgesamt dauerte der Castortransport 126 Stunden.

Eigenfelds Hölle

Oldenburg Am 1. November fand die konstituierende Sitzung des neuen Oldenburger Stadtrates in der Weser-Ems-Halle statt – bekanntlich inklusive Ulrich Eigenfeld als Mandatsträger der NPD. AntifaschistInnen hatten deshalb zu Protesten vor der Halle aufgerufen.

Eine halbe Stunde vor Beginn der Ratssitzung hatte sich eine bunte Mischung von etwa 250 Menschen vor der Weser-Ems-Halle versammelt, um klarzumachen, dass Faschist_innen nicht mit Ignoranz, sondern mit der erhobenen Faust oder dem gestreckten Mittelfinger zu begegnen ist. Der Hauptadressat des antifaschistischen Protestes versuchte allerdings sich dieser „Begrüßung" zu entziehen, indem er schon zwei Stunden vor Sitzungsbeginn in das Gebäude schlich. Dort verharrte Ulrich Eigenfeld dann stundenlang mit stoischem Gesichtsausdruck in dem menschenleeren Tagungssaal.

Während dessen lauschten die TeilnehmerInnen der Protestkundgebung – kritisch beäugt von mehreren Hundertschaften der Polizei – gutgelaunt und bestens versorgt mit mehreren Reden und der Oldenburger Aktion-Samba-Band. Um dem braunen Ratsherrn direkt vor Augen zu führen, dass er in Oldenburg kein Bein auf den Boden bekommen wird, entschloss sich ein Großteil der anwesenden AntifaschistInnen kurz vor Sitzungsbeginn die Besucher_innenplätz zu füllen – was zur Überraschung Vieler trotz eines massiv anwesenden Ordnungsdienstes ziemlich unproblematisch klappte. So waren es dann wohl über 150 Menschen, welche mit Transparenten, Pfiffen, Parolen und etwas Speichel jegliche Handlung Eigenfelds kommentierten.

Und auch mehrere Ratsmitglieder zeigten während der Sitzung klare Kante. Die Linke und die Piratenpartei hielten Protestschilder hoch und die neue Fraktionsvorsitzende der Linken bekundete vom Redner_innenpult aus ihre Solidarität mit dem antifaschistischen Protest. Eigenfeld selbst versuchte die ganze Szenerie mit einem manischen Grinsen zu überspielen – doch seine zitternden Hände sprachen da eine ganz andere Sprache. Nach etwa einer halben Stunde entschlossen sich die Demonstrant_innen dann, die dröge Sitzung geschlossen zu verlassen und stattdessen noch eine kleine Demonstration in der Stadt abzuhalten. Nach anfänglichen Nervereien mit der Polizei konnte sich die Demo dann auch in Bewegung setzten und endete nach gut einer Stunde am Alhambra.

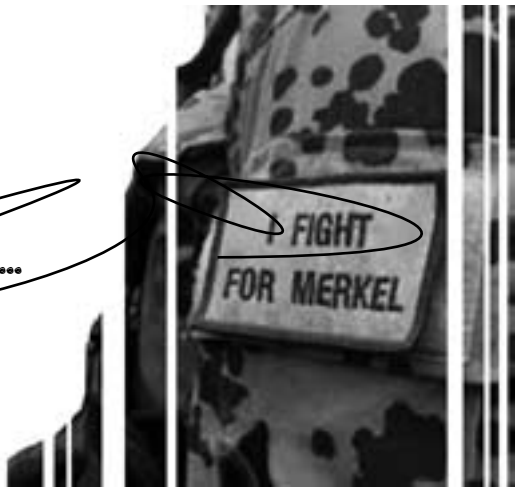
Bleibt nun noch ein kleines Fazit zu ziehen: Auch wenn die Sitzung an einem Dienstag stattfand und viele zu dem Zeitpunkt noch mit der Maloche beschäftigt waren, ist die geringe Zahl an Demonstrant_innen doch eher als enttäuschend zu bewerten – da ist in einer Stadt wie Oldenburg wirklich mehr drin. Nichtsdestotrotz kam es wohl zu den massivsten Protesten, die es seit langer Zeit in einem Kommunalparlament in Deutschland gab. Und auch das anschließende Medienecho – inklusive eines dramatischen Bild-Artikels – zeugt vom Erfolg des antifaschistischen Protestes.

[regentied]

++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++

Die Bundeswehr im Wandel -

und was kommt da in Oldenburg auf uns zu....



Jetzt ist es also raus: Die Würfel im Bundesverteidigungsministerium sind gefallen. Die wohl umfassenste Umstrukturierung der Bundeswehr ist mit der Neuverteilung der Bundeswehreinheiten und der Auflösung von etwa einem Drittel aller Bundeswehrstandorte in Deutschland in die Endphase eingetreten.

Seinen Beginn hatte die Neuausrichtung der Bundeswehr mit dem Zerfall des Ostblocks 1990 und der Auflösung des Warschauer Paktes am 1. Juli 1991. Aber anstatt sich ebenfalls aufzulösen, weil der große Gegenspieler abdankte, verabschiedete die NATO schon am 8.11. desselben Jahres ein Grundsatzpapier, um das Militärbündnis neu auszurichten. Schon damals wurde sofort festgeschrieben, dass zukünftig sogenannte „out of area", also Einsätze außerhalb des NATO-Gebietes möglich sein sollten und das alle Mitgliedsstaaten sogenannte „Sofort- und Schnellreaktionskräfte" aufbauen sollten. Dies galt natürlich auch für Deutschland, das im Grundgesetz zwar festgeschrieben hatte, das es lediglich eine Armee zur Landesverteidigung aufstellen darf, dies wurde aber in kürzester Zeit politisch umgedeutet. Grund hierfür war der Gedanke, dass das wiedervereinigte Deutschland auch international wieder eine „angemessene" Rolle spielen sollte. Im Klartext also nichts anderes als ein wiedererstarktes Großmachtsbestreben des deutschen Staates in der Welt. Die deutsche Regierung stand dabei sozusagen „Gewehr bei Fuß" und verabschiedete durch Volker Rühe, den damaligen Verteidigungsminister, schon im Januar 1992 den Aufbau von „Krisenreaktionskräften" (KRK). Rühes Nachfolger Stoltenberg formulierte im November mit den „Verteidigungspolitischen Richtlinien" (VPR) die Aufgaben der „neuen" Bundeswehr wie folgt: Die BW müsse u.A. „die Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt" sichern. Was nichts anderes heißt, als dass die BW umstrukturiert wird, um deutsche Wirtschaftsinteressen in aller Welt zu schützen. In den VPR wird weiterhin beschrieben, dass das Ansehen und der „politische Handlungsspielraum Deutschlands und das Gewicht, mit dem die deutschen Interessen international zur Geltung gebracht weden" vom militärischen Engagement Deutschlands abhängen. Der politische Machtanspruch Deutschlands wird hier also ganz klar über militärische Einsätze definiert.

In den folgenden Jahren wurden innerhalb der BW massive Veränderungen vorgenommen. Da die Bundeswehr als Verteidigungsarmee bis dahin auf eine Konfrontation mit den Streitkräften des Warschauer Paktes ausgerichtet war, mussten in allen Truppenteilen Anpassungen vorgenommen werden, um eine von nun an auf Kriege außerhalb des eigenen Territoriums ausgerichtete Armee zu schaffen. Der Aufstellung und Ausrüstung der KRK wurde hierbei größte Priorität beigemessen. Bis 1999 wurde so eine Truppengröße von 50 000 Soldat_innen der KRK erreicht. In den folgenden Jahren wurde diese Entwicklung zum Einen durch Diskurse verschärft, die in Sätzen wie dem von Volker Rühe mündeten. als er am 5.12. 2002 sagte „Die Sicherheit der Bundesrepublik wird auch am Hindukusch verteidigt." Zum Anderen wurde diese Entwicklung durch eine massive Vergabe von neuen Rüstungsprojekten für alle Teilstreitkräfte vorangetrieben.

Den meisten dürfte hierbei wohl am ehesten der Eurofighter und das neue Transportflugzeug A400 M im Gedächtnis sein. Dies sind aber nur Hotspots von einer Vielzahl von Neuanschaffungen. Immer im Hinblick auf die schnelle Verlegbarkeit und die neue „Aufgabenstellung" Kriege mittlerer Intensität und Besatzungsaufgaben erfüllen zu wollen, wurde hier sozusagen ein rüstungspolitisches Gesamtpaket geschnürt. Um etwas konkreter zu werden: Für das Heer wurden neue Artillerie, Schützenpan-

zer (Puma), die Transporthubschrauber NH90, der Kampfhubschrauber „Tiger“ und das Gruppentransportkraftfahrzeug (GTK) Boxer angeschafft. Diese Geräte sind alle so konstruiert, dass sie in den 60 neuen AIRBUS A 400 M problemlos in kürzester Zeit überall in die Welt verschickt werden können. Die ersten dieser neuen Flugzeuge sollen Ende 2012 ausgeliefert werden.

Darüber hinaus wurden neue Waffensysteme zur Unterstützung der Bodentruppen entwickelt und angeschafft. Vom neuen Raketenwerfer MEADS, der Bodentruppen vor Granat- und Raketenbeschuss schützen soll, über die erstmalige Anschaffung des neuartigen Marschflugkörpers „Taurus“, der auf große Distanz Ziele mit 500 kg schweren Gefechtsköpfen angreifen kann, bis hin zu hochmodernen U-Booten, die drei Wochen ohne aufzutauchen, durch ein neues Antriebssystem fast geräuschlos, die verbesserten Torpedos „Seehecht“ einsetzen können. Diese U-Boote wiederum schützen die neuen Fregatten und Korvetten, die in den nächsten Jahren ausgeliefert werden sollen (was sich zum Glück durch technische Pannen immer wieder verzögert). Diese sollen wiederum von See aus in der Lage sein, Bodentruppen an Land mit Marschflugkörpern und Raketen zu unterstützen. Was wir mit diesem zugegebenermaßen eher langweiligen technischen Details ausdrücken wollen ist, dass die Bundeswehr ein sehr klares, umfassendes und aufeinander abgestimmtes Programm umsetzt, welches sie in naher Zukunft (und damit meinen wir eher in fünf als in zehn Jahren) dazu befähigt, noch mehr als heute schon, jederzeit Kriegseinsätze innerhalb weniger Tage überall auf dem Globus und auch über längere Zeiträume durchzuführen und dies auch vorhat.

Dies sind keine Sandkastenspiele, sondern ganz reale Bedrohungen, die da auf uns, bzw. wohl eher auf viele Menschen außerhalb Europas, zukommen.

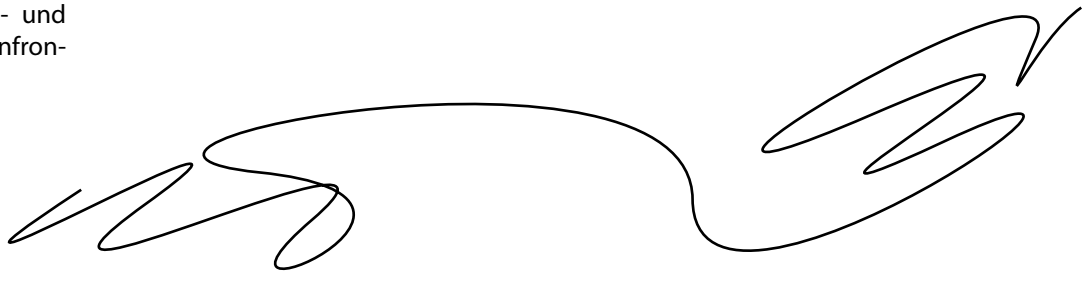
Diese Entwicklung steht natürlich nicht im luftleeren Raum, sondern geht einher mit den Transformationen innerhalb des europäischen Militärs und der NATO. EU-Battlegroups, NATO QuickReactionForce u.a. sind da nur Schlaglichter. Neben den sogenannten „Bündnisverpflichtungen“ verfolgt die deutsche Regierung seit Jahren aber natürlich auch eigene Interessen. Wirtschaftlich und geostrategisch engagiert sie sich sowohl im Nahen und Mittleren Osten, als auch in Osteuropa und punktuell in Asien. Symptomatisch für die neue Außenpolitik, wie sie für die Zukunft gelten wird, ist weiterhin das Engagement in Ostafrika. Seit Mitte der 90er wird hier vor allem die äthiopische Regierung politisch und militärisch massiv unterstützt. Sie soll als stellvertretende Ordnungsmacht in der Region quasi die

„Drecksarbeit“ übernehmen und wird durch das deutsche Militär mit Ausbildern und Waffen versorgt. Gleichzeitig forcierte Deutschland im Hintergrund die Seperation des Südsudans und hat auch dort mehrere Militärberater stationiert. Reicht ein solches „Outsourcing“ nicht mehr, wird ein „Stabilisierungseinsatz“ verabschiedet. Mit welchen Begründungen dies geschehen kann, legte Verteidigungsminister de Maizière diesen Jahres in den neuen VPR dar: Die „Abwehr von Gefährdungen unserer Sicherheit“ sei hier oberste Prämisse. Was das im Einzelnen sein soll wird hierbei bewußt sehr weit gefasst: „Risiken und Bedrohungen entstehen heute vor allem aus zerfallenden und zerfallenen Staaten, aus dem Wirken des internationalen Terrorismus, terroristischen und diktatorischen Regimen, Umbrüchen bei deren Zerfall, kriminellen Netzwerken, aus Klima- und Umweltkatastrophen, Migrationsentwicklungen, aus der Verknappung oder den Engpässen bei der Versorgung mit natürlichen Ressourcen und Rohstoffen, durch Seuchen und Epedimien ebenso wie durch mögliche Gefährdungen kritischer Infrastrukturen wie der Informationstechnik.“ Mit anderen Worten, die Antwort auf einen Großteil aller Probleme mit denen die deutsche Wirtschafts- und Außenpolitik perspektivisch konfrontiert sein wird, soll Krieg sein.

Und Oldenburg? Zeitgleich mit der Veröffentlichung der neuen VPR Ende November veröffentlichte de Maizière die Pläne zur Umstrukturierung der Bundeswehrstandorte im Bundesgebiet. Diese soll sowohl einer Anpassung der Truppe auf die veränderte Aufgabenstellung als auch dem Wegfall der Wehrpflicht Rechnung tragen. Für Oldenburg veränderte sich, wie der OB Schwander zurecht bemerkte, vor allem die Anzahl der Sterne. Die meisten Standorte bleiben erhalten. Sowohl das Versorgungsamt wird (trotz des Großbrandes Anfang des Jahres) bestehen. Von hier aus werden weiterhin die Soldat_innen in Kriegseinsätzen im Ausland mit Essen versorgt. Die Fahrschule der BW bleibt ebenso in der Henning-von-Tresckow-Kaserne. Neu dazu kommen zum Einen 2015 die Luftlande- und Lufttransportschule aus Altenstadt in Bayern. Diese trainieren Fallschirmjäger_innen des Heeres und passen damit strukturell sehr gut zur großen Neuerung in Oldenburg. Der Stab der Luftlandebrigade „Oldenburg“, die bis jetzt hier stationiert war, wird aus Oldenburg abgezogen. Diese sind mit einigen anderen Einheiten sowas wie die Speerspitze der deutschen Interventionskräfte. Durch die Einmischung des, aus dem Ammerland stammenden, Staatssekretärs für Verteidigung, Thomas Kossendey, wurde durchgesetzt, dass stattdessen der Stab einer anderen wichtigen Einheit der Interventionskräfte nach Oldenburg verlegt wird. Hurra, wir bekommen ab 2014 den Stab der 1. Panzerdivision aus Hannover! Dies ist der Stab einer der größten Verbände des Heeres und der Bundeswehr insgesamt. Im Führungsstab sind mehrere Generäle und Oberste . Also viel Lametta, was gebührend empfangen werden will!

Sie waren schon in diversen Auslandseinsätzen, darunter mehrfach in Afghanistan. Innerhalb der BW sind sie einer der Verbände, der bevorzugt das neue Rüstungsmaterial zugewiesen bekommt, um dieses im Kampfeinsatz ausprobieren zu können. Des Weiteren sind sie die Schirmherren einer der größten kriegsverherrlichenden Veranstaltungen bundesweit, dem „Sommerbiwak“ in Hannover. Trotz einer in den letzten Jahren gewachsenen Protestbewegung gegen das Biwak treffen sich dort einmal im Jahr 3 000 - 5 000 Kriegsfreund_innen. Dieses zweifelhafte Vergnügen könnte uns hier in Oldenburg also in zwei bis drei Jahren ebenfalls zuteil werden. Sowohl die allgemeine Entwicklung, als auch speziell die Veränderungen hier in der Stadt bedeuten für uns, die uns jetzt zur Verfügung stehende Zeit zu nutzen, um der 1. Panzerdivision von Anfang an klarzumachen, dass wir sie weder wollen noch ihr kriegerisches Treiben je akzeptieren werden!

Oldenburg antimilitaristisch!
Gegen den preußischen Ungeist!



Von kurdischem Befreiungskampf, türkischen Nazis und der Frage, was das mit der deutschen Linken zu tun hat

Wie ihr vermutlich schon im Inhaltsverzeichnis gesehen habt: Diesmal haben wir einen Abschnitt zu kurdischem Widerstand, der Repression dagegen und den türkischen Faschos hier in der BRD. Dabei decken wir natürlich nur einen kleinen Teil der wichtigen Infos ab, aber immerhin. Der Anlass, dass wir jetzt etwas zu Kurdistan bringen wollten, war nicht nur, dass uns der kurdische Widerstand grundsätzlich am Herzen liegt oder die Repression gegen die Kurd_innen in der Türkei wieder einmal ein neues Level erreicht. Der konkrete Anlass besteht nicht zuletzt aus zweierlei, was beides eben auch sehr viel mit den Verhältnissen hier in der BRD zu tun hat. Zum einen konnte der deutsche Staat Ende November wieder einmal seine tiefe Komplizenschaft mit dem türkischen Staat bekräftigen, indem die Demo gegen das 18-jährige Bestehen des PKK-Verbotes in der BRD verboten wurde. Doch es blieb nicht beim Verbot. Zahlreichen Busunternehmen aus dem ganzen Bundesgebiet untersagte die Polizei die Fahrt nach Berlin. Über 80 Busse wurden an der Stadtgrenze abgefangen und zurückgeschickt. Die Insass_innen wurden so daran gehindert stattdessen an der Demonstration unter dem Motto „Staat und Nazis Hand in Hand – Gegen Faschismus und Polizeistaat" teilzunehmen. Auch diejenigen Teilnehmer_innen, denen es gelang nach Berlin zu kommen oder die bereits dort waren, wurde es nicht leicht gemacht. Von den Vorkontrollen der Polizei gibt es zahlreiche Berichte über demütigende und rassistische Behandlung, die sich besonders gegen die wirklichen und vermeintlichen Kurd_innen wandte. Teilweise wurden sogar Testfragen gestellt, ob es ihnen nicht doch um die PKK ginge. Einzelnen wurde der Zugang zur Demonstration aufgrund von Transparentaufschriften wie „Gegen die Repression gegen kurdische Organisationen" verwehrt. Auf der Demo selber waren die Anliegen der kurdischen Freiheitsbewegung dann doch sehr präsent und die Demo wurde zu einer PKK-Verbot-Demo-Verbot-Demo. Nach Provokationen und Angriffen – konkret: Flaschenwürfe, Fahnen und Gruß der Grauen Wölfe – durch türkische Faschisten wurde die Demo (!) dann von der Polizei mit Pfefferspray und Knüppeln angegriffen. Mehrere Dutzend Demonstrant_innen wurden verletzt, über hundert festgenommen. Nach Ende der Demonstration kam es zu einem weiteren schweren Übergriff türkischer Faschisten. Sie verletzten einen kurdischen Jugendlichen mit einem Messer, so dass dieser zur Behandlung ins Krankenhaus musste. Ein Dutzend junger Kurd_innen besetzte daraufhin einen Verein der faschistischen „Grauen Wölfe" in der Oranienstraße. Die jungen Männer und Frauen wurden von Spezialeinheiten der Polizei mit gezogenen Waffen festgenommen. Menschen, die sich vor dem Verein mit den Kurd_innen solidarisierten und antifaschistische Parolen riefen, wurden von der Polizei mit Pfefferspray und Schlägen misshandelt. Dabei kollabierte ein festgenommener Antifaschist und musste ärztlich versorgt werden.

Der zweite konkrete Anlass, etwas zu Kurdistan abzudrucken besteht darin, dass in Bremen – also quasi bei uns vor der Haustür – ein Faschoaufmarsch stattfand, der weitgehend ignoriert wurde. Auch die radikale Linke in der BRD hat in den wenigsten Städten überhaupt Kenntnis von diesem und anderen ähnlichen Aufmärschen in anderen Städten genommen – geschweige denn angemessen reagiert. Das kann nicht zuletzt damit zu tun haben, dass es sich einerseits um türkische Faschist_innen und Nationalist_innen gehandelt hat und andererseits insgesamt die Beziehungen zwischen der deutschen und kurdischen radikalen Linken extrem abgekühlt sind. Wir schließen uns der Einschätzung der Bremer Autor_innen des hier abgedruckten Artikels an, wenn sie schreiben, dass die deutsche radikale Linke vor den Widersprüchen resigniert, statt Antifaschismus und internationale Solidarität trotz und in Anerkennung dieser Widersprüche zu praktizieren. Diese Handlungsunfähigkeit der deutschen Linken gilt derzeit im Übrigen nicht nur in Bezug auf die kurdische Befreiungsbewegung.

Um angesichts des unpopulären Status der kurdischen Freiheitsbewegung in großen Teilen der radikalen Linken zumindest einen leicht zugänglichen Überblick zu bieten, haben wir den Text „Wer sich umdreht oder lacht – steht unter PKK-Verdacht" abgedruckt. Dem

Artikel gelingt – wie gesagt – ein guter Überblick über die aktuelle Situation, eine Verbindung zur Politik der BRD und der EU, sowie eine geopolitische Einordnung der türkischen und internationalen Politik der Mächtigen. Gleichzeitig haben wir jedoch auch einige Kritikpunkte am Text. Wir haben uns entschlossen, ihn trotzdem abzudrucken. Wir hatten zumindest ertragreiche und anregende Diskussionen – und gleichzeitig das Gefühl, was mitgenommen zu haben. Uns als Redaktion geht es ja nicht darum, „perfekte" Texte mit einer abgeschlossenen Weltsicht abzudrucken, die unsere Leser_innen dann einfach übernehmen sollen. Viel mehr wollen wir Debatten anstoßen und führen. Ihr wisst ja, wir freuen uns immer über Zuschriften und Kritiken.

Unsere Kritik lässt sich in drei Punkten zusammenfassen:

1) Relativierende Vergleiche von Menschenrechtsverletzungen

An mehreren Stellen stellt der Text Vergleiche von Menschenrechtsverstößen mit anderen Staaten an, um zu beweisen, dass die EU-Staaten sich nur dann für Menschenrechtsverstöße interessieren, wenn sie die daraus resultierenden Vorwürfe für ihre Interessen nutzbar machen können. Letzteres ist zweifellos richtig. Diese Vergleiche sind aber aus mehreren Gründen bescheuert. Erstens sind die verwendeten Zahlen mehr als fragwürdig. Zweitens ist der Text argumentativ nicht darauf angewiesen, dieses Mittel zu benutzen. Oder steht in Zweifel, dass die Menschenrechtsverletzungen in Kurdistan durch die türkische Regierung, Armee und andere Gruppen massiv sind und die EUropäischen Regierungen weggucken, weil sie ein geostrategisches Interesse an der Türkei haben und kapitalistischen, imperialistischen Staaten Menschenrechte erstmal scheißegal sind? Dabei messen sie natürlich mit zweierlei Maß. Um das zu beweisen, muss aber nicht die relativierende Keule rausgeholt werden. Weiterhin stellt der Autor die These auf, dass in keinem anderen Land solch eine Repression, wie sie in Kurdistan stattfindet, toleriert werden würde. Das ist absoluter Quatsch. Überall auf der Welt, insbesondere aber bei Weitem nicht nur in den Ländern des globalen Südens, werden massive Menschenrechtsverletzungen toleriert, so lange sie den Interessen der Herrschenden zuträglich sind. Hier wird die scheinbar eurozentristische Perspektive des Autors deutlich.

2) Offen für Verschwörungstheorie

Der Text ist offen für verschwörungstheoretische Interpretationen. Das zeigen – neben ein paar anderen Stellen – zum Beispiel die Ausführungen zu Otpor. Dort berichtet der Autor des Artikels, Martin Dolzer, dass Otpor für die Umstürze in einer ganzen Reihe von Ländern „maßgeblich verantwortlich" sei. Das halten wir für Blödsinn, ja sogar für gefährlichen Blödsinn. Wahr ist, dass Otpor, 1998 in Serbien gegründet, mit beträchtlichen Geldbeträgen von US-amerikanischen Stiftungen, insbesondere der Open Society des Finanzmoguls George Soros und regierungsnahen Einrichtungen unterstützt wurde. Mit Mitteln des Marketing hatten sie einen Anteil am Sturz von Slobodan Milošević. Danach wurden von den gleichen Unterstützern andere, ähnlich operierende Gruppen, nachweislich in der Ukraine, Georgien und Weißrussland massiv gefördert. Diejenigen Mitglieder von Otpor, die nicht mit der gleichnamigen Partei in den Jahren nach dem Sturz Miloševićs in der politischen Bedeutungslosigkeit versanken, gründeten eine Agentur zur Beratung außerparlamentarischen Widerstands zwecks Umsturz einer Regierung, die den Interessen des„Westens" entgegen steht. Mitglieder von Otpor haben dabei in den genannten Ländern zumindest beratende und schulende Arbeit geleistet. Kurz: Natürlich ist es so, dass die NATO-Staaten Oppositionsgruppen unterstützen und finanzielle Mittel in die Destabilisierung von Staaten stecken, die ihren Interessen im Wege stehen. Aber Otpor ist dabei nicht so etwas wie die Eliteeinheit der CIA schlechthin, sondern viel mehr ein Akteur unter anderen, eine Agentur, die dementsprechend ihren Anteil zu Umstürzen beigetragen hat. Nicht mehr, aber auch nicht weniger. Es ist auch eine etwas absurd anmutende Vorstellung, dass Otpor – quasi als Marionette der Imperialisten – für die Entstehung einer rebellierenden Opposition sorgt. Otpor ist dabei viel mehr als eine der Einflussmöglichkeiten imperialistischer Interessenvertreter zu sehen und nicht als eine omnipotente, alle Strippen in der Hand haltende, Supergeheimdienstagentur. Die Vielfalt der eingesetzten Mittel durch „westliche" Regierungen, Geheimdienste und ziviligesellschaftliche Akteure zur Durchsetzung imperialistischer Ziele und geostrategischer Interessen soll hier keinesfalls bestritten werden. Doch halten wir die sozialen und politischen Realitäten für „etwas" komplexer. Das Gesagte gilt insbesondere auch für die bisher nur spärlich nachgewiesene Einmischung Otpors in die nordafrikanischen Aufstände. So soll – glaubt man einigen Verschwörungstheoretiker_innen, wovon wir tunlichst abraten wollen – Otpor eine entscheidende Rolle bei den ägyptischen Aufständen gespielt haben. Als „Beweis" hierfür dient, dass einige der auf Facebook aktiven Jugendlichen sich die Strategien von Otpor (neuerdings „canvasopedia") empfohlen haben, die vor allem in Strategien des zivilen Ungehorsams und politischem Marketing (Logos, Wiedererkennung) bestehen. In Libyen wurde der Einfluss Otpors unseres Wissens nach bisher nicht nachweislich bestätigt. Anders als in Ägypten haben wir es hier mit einer Rebellion zu tun, die weniger von Unten getragen wurde und deutlich enger an „westliche" Interessen gekoppelt war. Dennoch: Eine Reduktion politischer Geschehnisse auf derlei konspirative Agenten gleicht doch eher einem schlechten Actionfilm. Wir ziehen dem eine Perspektive vor, die die geostrategischen Interessen beleuchtet und zu einem Herzstück der Analyse macht, jedoch gleichzeitig eine Vielfalt der politischen Irrnisse, Widersprüche, Zufälle dabei nicht verschleiern will. Nochmal: Natürlich wurden die libyschen Rebellen mit Geldern „westlicher" Interessengruppen, wie etwa Regierungen, Stiftungen, Entwicklunshilfeverbände, zivilgesellschaftliche Akteure, usw. stark gefördert – aber natürlich auch direkt politisch und militärisch. Auch Geheimdienstaktivitäten haben massiv stattgefunden. An eine Version, die Otpor eine maßgebliche Verantwortung für das Geschehene zuschreibt, glauben wir aber keinesfalls.

3) Romantisierung des kurdischen Widerstands

Der Artikel neigt außerdem dazu, den kurdischen Widerstand zu romantisieren. So seien etwa „solidarische Lebensweisen (…) in der kurdischen Bevölkerung bei der Mehrheit intakt". Auch sei eine „gegenläufige Dynamik" zur „herrschaftskonformen Zurichtung aller gesellschaftlichen Bereiche" von „Europas ‚modernen' Kapitalismus" festzustellen.

Dies strahle eine „enorme Schönheit" aus. Diese Beschreibung hat aus unserer Sicht weniger mit den Verhältnissen in Kurdistan zu tun, als viel mehr mit den Begehren eines Revolutionsromantikers. Hier wird ein ‚noch intaktes' Verhältnis gesucht, dass noch nicht durch den Kapitalismus entstellt wurde. In konservativen Diskursen wird das noch nicht durch die Zivilisation verdorbene authentische Naturvolk gesucht. An seine Stelle trat in einigen linken Diskursen häufig eben das authentische, unverdorbene Subjekt der Revolution.

Diese Glorifizierung und Romantisierung des kurdischen Widerstands halten wir für sehr gefährlich. Nicht nur, weil es blind macht für die wirklichen Verhältnisse der kurdischen Gesellschaft und ihrer Kämpfe, sondern auch, weil dadurch oft auch politische Fehlschlüsse entstehen. Der Artikel vertritt beispielsweise eine sehr unkritische Haltung gegenüber der PKK. So wird im gleichen Absatz gesagt, dass die PKK keine Stellvertreterpolitik mache und damit nahegelegt, dass sie die direkte politische Repräsentation der Kurd_innen sei. Das Volk und seine Partei – eine Einheit? Dieses Denkgebilde ist mehr als fragwürdig. Zwar ist die PKK ein unglaublich wichtiger Akteur in der kurdischen Befreiungsbewegung, doch lässt sich der kurdische Widerstand bei Weitem nicht darauf reduzieren. Man muss sogar noch weiter gehen: Es gibt linke Kräfte innerhalb und außerhalb der PKK, die die Vorherrschaft der und Vereinnahmung durch die PKK kritisieren. Zwar befindet sich die PKK in einer sehr spannenden Entwicklung der politischen Neuorientierung, in der quasizapatistische Ansätze erdacht und gelebt werden. Doch weiterhin betreibt die PKK teilweise auch eine vereinnahmende Politik. Auch die Stimmen der Kritik müssen hörbar gemacht werden – zumindest wenn man eine internationale Solidarität praktizieren will, die nicht von romantisierenden Vorstellungen von weißen Autoren, sondern von antiimperialistischen und emanzipatorischen Ideen von unten angetrieben wird. Die Begeisterung dafür, dass in Kurdistan große Teile der Gesellschaft am Kampf um Befreiung teilnehmen, Widerstand auf allen Ebenen und unter widrigsten Bedingungen geleistet und Solidarität von unten in die Praxis umgesetzt wird, wie es für eine deutsche Linke derzeit kaum vorstellbar erscheint, lässt sich auch ausdrücken, ohne in solche Muster zu verfallen.

Also: Praktizieren wir eine Solidarität mit dem kurdischen Befreiungskampf. Lassen wir uns nicht – wie zur Zeit in der deutschen Linken üblich – von Widersprüchen einschüchtern. Wir sollten den kurdischen Befreiungskampf solidarisch begleiten und ihn mit unseren Kämpfen in Beziehung setzen. Aber Solidarität bedeutet dabei auch, kritisch zu bleiben. Kritisch gegenüber und mit dem kurdischen Befreiungskampf und vor allem seinen größten Protagonisten. Kritisch aber insbesondere auch gegenüber uns selbst und unserer Sicht auf diese Kämpfe. Die Auseinandersetzung und praktische Solidarität mit dem kurdischen Befreiungskampf wird sich jedoch lohnen. Nicht nur, weil unsere Befreiung nicht ohne die Befreiung der Kurd_innen zu denken ist; nicht nur, weil auch hier in Deutschland dieser Konflikt ausgetragen wird und es Not tut, sich hier vor Ort einzumischen; nicht nur, weil wir eine ganze Menge lernen können; sondern einfach, weil wir gemeinsam – international und in der BRD – den Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung und für eine ganz andere Welt führen können.

Viel Spaß also mit dem Artikel – nicht nur trotz, sondern auch wegen der Widersprüche und Kritiken.

Wer sich umdreht oder lacht – steht unter PKK-Verdacht

Über die Normalisierung der Wahrnehmung der Gewalt der AKP-Regierung

Die Situation in den kurdischen Provinzen | Die Bevölkerung in den kurdischen Provinzen der Türkei ist seit Jahrzehnten mit einem Besatzungszustand konfrontiert. Während sich die Situation von 2001 bis 2007 etwas entspannte, kann man seitdem davon sprechen, dass die AKP-Regierung die Lage sicherheitspolitisch, polizeistaatlich und militärisch eskaliert. Ab April 2009 kam es zu über 7 000 Festnahmen und gut 3 900 Inhaftierungen von kurdischen Aktivistinnen, hauptsächlich aus den Reihen der BDP. Darunter befinden sich 15 Bürgermeisterinnen und 6 gewählte Parlamentarierinnen sowie unzählige Stadträte und Menschen, die soziale Projekte initiierten oder leiteten. Seit den Parlamentswahlen im Juni 2011 wurden erneut mehr als 1400 Menschen verhaftet. Jede/r, die oder der politisch wirksam ist, kann die/der Nächste sein. Zudem haben die Fälle von Folter (2010 über 1100), extralegalen Hinrichtungen (2010 über 29) und Chemiewaffeneinsätzen durch staatliche Kräfte erneut zugenommen.

Regelrechte Repressions- und Rachewellen mit von „Sicherheitskräften" ermordeten Zivilistinnen folgten jeweils nach Abstimmungen und Wahlen – nach den Kommunalwahlen 2009, dem Verfassungsreferendum 2010 und den Parlamentswahlen 2011 –, bei denen die DTP/BDP jeweils erfolgreich abgeschnitten hatte. Man kann in diesem Zusammenhang von anhaltenden und systematischen Angriffen auf die Zivilbevölkerung als Sanktion für nicht gewolltes Wahlverhalten sprechen. Jeweils hatte die AKP im Vorfeld der Wahlentscheidungen angekündigt, die Vorherrschaft der kurdischen Bewegung im „Südosten" überwinden zu wollen. Ein Beispiel: Nach dem Verfassungsreferendum 2010 kündigte R. T. Erdogan an: „Wir haben Mittel, um die Protesthaltung in Hakkari [wo 90 % dem von der BDP angestrebten Boykott des Referendums folgten] zu brechen." Direkt danach verübten Militärs einen Anschlag auf einen Minibus in Colemêrg/Geylan (Hakkari/Gecitli) – 11 Menschen starben. Zwei Demonstrantinnen wurden eine Woche später auf offener Straße durch Kopfschüsse von Jandarma-Offizieren hingerichtet, das Haus des Bürgermeisters der Stadt Şemzînan (Şemdinli), Sedat Töre, von Soldaten mit Kugeln durchsiebt.

Die Mittel der Repression hat die AKP-Regierung seit 2009 ins Polizeistaatliche verlagert. Sie führt die politische Auseinandersetzung mit zunehmend autoritären und brutalen Mitteln und ständigen „symbolischen" Machtdemonstrationen.

Auf Demonstrationen werden Menschen gezielt mit Tränengasgranaten beschossen - 10 Menschen starben, eine Vielzahl wurde zum Teil schwer verletzt. Auch Parlamentarierinnen der BDP sind mit derartigen gezielten Polizeiübergriffen konfrontiert — der Stadtrat von Wan (Van), Yıldırım Ayhan, wurde im August 2011 mit einer Tränengasgranate erschossen, 10 Parlamentarierinnen und gewählte Politikerinnen mussten seit Anfang 2010 nach Polizeiübergriffen im Krankenhaus behandelt werden. Erniedrigungen, Misshandlungen und Folter sind in letzter Zeit gerade im öffentlichen Raum zur Tagesordnung geworden. Seit den Parlamentswahlen 2011 lässt die AKP zudem wirklich jeden Protest verbieten oder mit Gewalt angreifen.

In Istanbul berichten kurdische und armenische Bürgerinnen von systematischen Ubergriffen der Polizei — immer wieder werden sie von Polizisten rassistisch kontrolliert, beschimpft, in Nebenstraßen gedrängt und misshandelt. Dazu kommen ständige völkerrechtswidrige Militäreinsätze im Nordirak und geplante Bodenoperationen. Regierungspolitiker nutzen in letzter Zeit zudem eine Rhetorik der Intoleranz und Vernichtung.

Eine sehr interessante Frage in Bezug auf die Gewaltorientierung der Politik der AKP-Regierung ist die, warum die Politikerinnen und die Öffentlichkeit in Europa, in Deutschland ein solches Vorgehen kaum kritisieren oder es als „normal" begreifen können — und wie sich diese Tatsache sowie die Bru- talisierung der Lösungsansätze der türkischen Regierung in der kurdischen Frage auf die kurdische Bevölkerung auswirken.

Interessen der Herrschenden in Europa | Ein Grund des Verhaltens der bundesdeutschen und europäischen Regierungen ist sicher die geostrategische Orientierung der Politik in der Region Mittlerer Osten sowie die sicherheitspolitische und militärische Zusammenarbeit mit der AKP-Regierung. Die Türkei stellt die zweitgrößte Armee der NATO und ist zudem die Energiedrehscheibe der Region — es geht um Öl, Gas, Erze und die Nabucco-Pipeline sowie die Neuordnung des Mittleren Ostens. Die AKP wird in diesem Zusammenhang als verlässlicher Partner für die neoliberale Öffnung von Märkten und die Machtabsicherung im Mittleren Osten begriffen. Deshalb wird sie als gemäßigt islamische Kraft mit Tendenzen zur Demokratisierung bezeichnet. Die autokratische Ausrichtung der Politik der Regierung Erdoğans, in Zusammenhang mit einer islamisch-feudalistischen Ideologie und neo-osmanischen Ansprüchen, wird dabei vorerst ausgeblendet bzw. bewusst ignoriert.

In Bezug auf die kurdische Frage fürchten die herrschenden Eliten in Europa scheinbar nichts mehr als die selbstbestimmte emanzipatorische Entfaltung der kurdischen Bevölkerung. Die erfolgreiche und an den Bedürfnissen aller Menschen orientierte Politik der BDP und die reale Verankerung der PKK in der Bevölkerung werden deshalb negiert. Besonders hinderlich scheint zu sein, dass eine politische Bewegung mit einem eigenen Programm und guter Organisiertheit sich nicht für die eigenen Interessen instrumentalisieren lässt und als Modell für die Aufstandsbewegungen im Mittleren Osten und Nordafrika dienen könnte. Das Projekt der Demokratischen Autonomie, die Organisierung der Bevölkerung in realdemokratischen Rätestrukturen, sehen die Herrschenden als Hindernis für gewollte Unterwerfungsprozesse. Wahrend die Regierenden in Europa Demokratie predigen, wird diese, wenn Bevölkerungen nicht so wählen, wie das gewollt ist, mit nahezu allen Mitteln bekämpft.

Die AKP-Regierung erhält dementsprechend zumindest seit 2009 einen Freifahrtschein im Hinblick auf Repression, Mord und die militärische Zuspitzung der Situation. In keinem anderen Land würden die Inhaftierung von 3 900 Oppositionellen, darunter gewählten Vertreterinnen, Aktivistinnen aus Frauenhilfseinrichtungen, Journalistinnen und Menschenrechtlerinnen, innerhalb von zwei Jahren, die Hinrichtung von Stadträten, Racheakte der Armee und Polizei gegen die Zivilbevölkerung wie im August/September 2011 in Şemzînan (Şemdinli) – 4 Tote – und Êlih (Batman) – 3 Tote – und anhaltende grenzüberschreitende, völkerrechtswidrige Bombardierungen mit getöteten Zivilistinnen toleriert und unterstützt. Auch die Aberkennung des Abgeordnetenmandats von Hatip Diele und die anhaltende Inhaftierung von sechs gewählten Parlamentarierinnen nahmen die „westlichen Regierungen" ohne weiteres Aufsehen hin.

Passierte so etwas in China, in Weißrussland, in Serbien oder Libyen, würde und wird sofort medial reagiert und entsprechend den jeweiligen Koordinaten wirtschaftlicher Druck ausgeübt oder militärisch eingegriffen. Die Meldungen in der Tagesschau und den Zeitungen würden sich wochenlang überschlagen. Stellen wir uns einmal vor, 3 900 Oppositionelle würden in Weißrussland/Belarus innerhalb von zwei Jahren inhaftiert und mehr als 50 Menschen extralegal hingerichtet. Das sozialistisch orientierte Land gilt mit 15 politischen Gefangenen nach der Wahl 2010 und ohne extralegale Hinrichtungen als undemokratisch — und als die letzte „Diktatur" Europas — und wird seit langem wirtschaftlich sanktioniert und politisch isoliert. Zudem wird hier ein „regime change" seitens der EU auf vielfältige Weise vorangetrieben.

Das menschenverachtende Vorgehen der AKP-Regierung und staatlicher Kräfte in der Türkei wird demgegenüber als Reformweg zur Demokratie gepriesen. Damit sollen nicht Menschenrechtsverletzungen legitimiert werden. Auf diese Weise wird lediglich deutlich, wie wenig die Politik der Bundesregierung und der EU an menschenrechtlichen Fakten orientiert ist.

Die neue europäische Kolonialpolitik | Ein weiterer Grund für die Normalisierung der Wahrnehmung von Gewalt in der Türkei sind sicherlich die Änderungen in der bundesdeutschen und europäischen Militär- und Außenpolitik und deren begleitende Berichterstattung in den Mainstream- Medien. Offen kolonialistische Aspekte spielen dabei eine immer größere Rolle. In Studien der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) sowie des EU Institute for Security Studies (EUISS), der politikentscheidenden „Thinktanks", werden genau derartige Strategien, wie sie die türkische Regierung zurzeit anwendet, propagiert. Die Kriege der Zukunft sollen nicht mehr zwischen Staaten, sondern zwischen den metropo- litanen Eliten in Europa sowie den USA und der „bottom bil- lion", der verarmten Mehrheitsbevölkerung und deren Organisationen, geführt werden. Es gehe um „die weltweite Absicherung von Ressourcen, wenn es sein muss, auch gegen den Willen gewählter Vertreterinnen oder Mehrheiten". Dazu solle das „gesamte sicherheitspolitische und militärische Arsenal der Aufstandsbekämpfung genutzt und ausgebaut" werden. Dazu gehöre u. a. „die Ausbildung von speziellen Einheiten, die Vergrößerung von Helikopterflotten, die Anschaffung von Drohnen, sowie die mediale Gleichschaltung an der Heimatfront".[1]

Diese Komponenten kann die AKP im türkisch-kurdischen Konflikt als wichtiger NATO-Bündnispartner ausprobieren. So lässt sich erklären, dass die Androhung der „tamilischen Lösung" der kurdischen Frage in der türkischen Regierungspresse und die Racheakte in §emzinan (§emdinli) und Elih (Batman) oder die gezielte Tötung von Yildirim Ayhan nicht zu einem internationalen Aufschrei geführt haben - sondern als normalisierte Form von sicherheitspolitischer Gewalt gewertet und wahrgenommen werden.

Normalisierte Gewalt | Auch die Kriegsführung und mediale Begleitung der Kriege in Afghanistan, Sri Lanka und Libyen bewirkt die Normalisierung der Wahrnehmung von Gewalt. In Afghanistan und Pakistan werden immer wieder Menschen durch Drohnen gezielt getötet. Oberst Klein ließ einen Tanklastwagen auf Weisung von Sondereinheiten der Bundeswehr bombardieren und dabei mehr als 100 Zivilistinnen exekutieren - ohne juristisch belangt zu werden. Der vorgebliche „war on terror" wird aus geostrategischen Gründen geführt.[2] Dass der Friedensprozess, den u. a. die norwegische Regierung zwischen der Regierung Sri Lankas und den TamilInnen initiierte, von der „westlichen Staatengemeinschaft" kurz vor dem Massaker an der Zivilbevölkerung (mit mehr als 10 000 Toten) ausgehebelt wurde, ist kaum bekannt. Die Tamil Tigers wurden und werden als „terroristische Organisation" verfolgt, anstatt ihre Verwurzelung in der Bevölkerung anzuerkennen und einen dialogischen Frieden zu ermöglichen. In Libyen starben zwischen 30 000 und 50 000 Zivilistinnen durch NATO-Bomben und Angriffe der „Rebellen" — obwohl die „Intervention" vorgeblich zum Schutz der Zivilbevölkerung stattfand. In Libyen gab es seitens der „westlichen Großmächte" seit Beginn der Regierungszeit Ghaddafls „regime change"-Pläne. Das Land hatte in Ansätzen eine sozialistische Gesellschaftsstruktur. Es war das reichste Land des afrikanischen Kontinents mit relativ gleicher Einkommensverteilung. Ghaddafi verstaatlichte die Ölindustrie und unterstützte Staaten in Afrika, sich von ungehemmter kolonialer Politik zu befreien. Somit stand Libyen den gewünschten Zielen der USA und der EU in Afrika entgegen. Dass es auch in Libyen Menschenrechtsverletzungen gibt, steht nicht in Frage — der als Interventionsgrund genannte „Schutz der Zivilbevölkerung" war jedoch nur vorgeschoben. Systematische Angriffe Ghaddafis auf die Zivilbevölkerung wurden bisher nicht belegt.[3]

Je nach Unterwürfigkeit der betroffenen Bewegungen werden seitens der „westlichen Staaten" der „Lage" entsprechende Mittel zum Einsatz gebracht — das geht vom Nichtanerkennen gewählter Vertreterinnen über deren Delegitimierung in den Medien bis zu deren Eliminierung. Weitere Mittel sind wirtschaftlicher und politischer Druck sowie das Aufbauen und Aufrüsten von willfährigen politischen Bewegungen, die kaum eine reale Verwurzelung haben. Im schlimmsten Fall ist Krieg das gewählte Mittel. Wenn nötig, werden dabei Marionettenbewegungen unterstützt (wie in der Ukraine, Georgien, Libyen). Unter anderen die Orangene Revolution in der Ukraine und der Regierungswechsel in Georgien wurden von der gleichen „Umsturzagentur" vorangetrieben wie die „Opposition" in Jugoslawien. Die Agentur heißt OTPOR und rekrutiert meist Studierende oder junge Menschen. Sie führt gut geplante Aktionen und Propaganda durch, die maßgeblich für „regime changes" verantwortlich sind. OTPOR wird hauptsächlich aus den USA, von CIA-nahen Kreisen, finanziert. Die Agentur war Berichten zufolge auch im Vorfeld der Revolte in Ägypten 2011 tätig.[4]

Zur Rechtfertigung von Kolonialpolitik werden immer dreister völkerrechtliche Regulierungen oder vorhandene Resolutionen der UN umgedeutet, missachtet und gebrochen — und wenn nötig auch Kriegsgründe herbeigelogen.

Druck nach innen | In der derzeitigen gesellschaftlichen Formation eines modernen Kapitalismus in der Krise wird seitens der herrschenden Eliten in Europa, mit der Orientierung auf ungehemmte Profitmaximierung, auch innenpolitisch versucht, jeglichen kollektiven und solidarischen Ansatz sowie internationale Solidarität zu zerstören. Soziale Bedürfnisse, die jede/r hat, wie Bildung, Persönlichkeitsentwicklung, empfundene und gelebte Solidarität sowie das Bedürfnis, ein menschenwürdiges Leben zu führen, werden in diesem Rahmen delegitimiert. Ein Problem ist, dass die meisten Menschen derart unsolidarische und konkurrenzbetonte Verhaltensweisen auch verinnerlichen und aufhören, ihre eigene Ohnmacht kritisch zu hinterfragen. Entsprechend setzen sie Prioritäten in der materiellen Absicherung und Qualifikation im Rahmen des Funktionierens im vorgegebenen gesellschaftlichen Rahmen — anstatt in der Persönlichkeitsentwicklung und solidarischen oder widerständigen Lebensweisen.

Und die Kurdinnen | Genau diese solidarischen Lebensweisen sind in der kurdischen Bevölkerung bei der Mehrheit intakt. Die PKK konnte sich in der Bevölkerung verwurzeln, weil sie ihre Politik mit der Bevölkerung gemeinsam entwickelte. Die legalen Parteien und die zivilgesellschaftlichen Organisationen handeln durch den Willen der Menschen und machen keine entfremdete Stellvertreterpolitik, wie das in Europa üblich ist. Dadurch ist in den kurdischen Provinzen der Türkei eine zu der herrschaftskonformen Zurichtung aller gesellschaftlichen Bereiche in Europas „modernen" Kapitalismen gegenläufige Dynamik deutlich wahrnehmbar — und strahlt eine enorme Schönheit aus. Auch das Projekt der Demokratischen Autonomie lässt sich nicht mehr stoppen.

Gerade das ist jedoch für die AKP und die „westlichen Regierungen" das Problem. Eine Unterwerfung ist von einer derart selbstbewussten Bevölkerung, die sich gerade aus feudalen Unterdrückungsmechanismen befreit, nicht zu erwarten. In der Pädagogik ist anerkannt, dass Unterwerfung und Abstrafung für die Entwicklung von Menschen nicht förderlich sind. In Politik und Justiz wurde dieses Bewusstsein, gerade in Bezug auf gesellschaftliche Entwicklungen in kapitalistischen Formationen, allerdings noch nie angewendet. In vielen Gesprächen, die ich im Rahmen einer Delegationsreise im September 2011 fuhren konnte, betonten viele Menschen, dass sie sich keine Illusionen mehr über die Politik der EU

machen. Es ist ihnen eher wichtig, dass die emanzipatorisch und humanistisch orientierten Menschen auch in Europa für die Menschenrechte und eine daran orientierte Politik kämpfen.

Natürlich ist wahrnehmbar, dass 3 900 bzw. 9 000 Inhaftierte bei der täglichen Arbeit fehlen. Auch die Brutalität der Besatzung und der staatlichen Politik ist deutlich spürbar. Die umfangreiche technische Überwachung sowie die Durchsetzung sämtlicher gesellschaftlichen Bereiche mit AKP-Eliten und islamischen Normen und Werten sowie die ständige Präsenz von Polizei und Militär in den kurdischen Provinzen sind ebenfalls nicht folgenlos. Allerdings führen sie nicht zu der „gewünschten" Unterwerfung. Die Menschen reagieren darauf mit Umsicht und wegen der umfassenden Repression berechtigter Angst. Diese führt jedoch nicht in die Ohnmacht, sondern zu besonnenem kollektivem Agieren und verständlicher Wut, die dann in kulturelle und politische Aktivität gewandelt wird.

Wer sich umdreht oder lacht – steht unter PKK-Verdacht | Die Verlagerung der Unterdrückung von einer rein militärischen Form in eine zusätzlich weitgehend polizeistaatliche ist mehr als bedenklich. Hier werden martialische Methoden bis zum gezielten politischen Mord (wie in den 90er Jahren) gemischt mit einer juristisch umgesetzten ‚AntiTerror-Logik und -Politik" europäischer Ausprägung. Der seit 30 Jahren (eigentlich seit 100 Jahren) andauernde bewaffnete, militärische Konflikt wird staatlicherseits in ein „Terrorproblem" umgedeutet. So wird versucht, die menschenverachtende staatliche Politik zu rechtfertigen und den „europäischen Standards" der Oppositionsbekämpfung anzugleichen. Die Realität, dass nahezu in jeder kurdischen Familie Angehörige bei der Guerilla – oder im militärischen Konflikt – gefallen sind, wird völlig ausgeblendet. Stattdessen sanktioniert die Staatsmacht jede kritische Äußerung. Auch zwei Teilnehmer unserer Delegation wurden im September 2011 wegen vermeintlicher „Propaganda für eine terroristische Organisation"– es handelte sich um Kritik an Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen und um die Einforderung eines Dialogs – verhört. Ein Prozess steht etwaig noch aus. Für kurdische Aktivistinnen bedeutet ein solches Äußern von Kritik oft jahrelange Haft – und damit ist gemeint, dass in der Logik der Repression gegen „unliebsame" Personen alles als Unterstützung, Propaganda für oder Mitgliedschaft in der KCK/PKK gedeutet wird.

Unübersehbar ist die „westliche" Schulung der juristischen und polizeilichen Eliten. Ähnlich wie im Baskenland sollen die politisch wirksamen Kräfte, die an einer eigenständigen Organisierung festhalten, ausgesiebt werden. Logik und Rhetorik der Anklage in den KCK-Prozessen ähneln denen in §129a/b-Verfahren in der Bundesrepublik Deutschland. Historisch gesehen kann allerdings nur ein Dialog und nicht eine Politik der militärischen Gewalt und Repression zu einer politischen Lösung von internationalen Konflikten führen. Die politischen Vertreterinnen der kurdischen Bevölkerung, die BDP, Abdullah Öcalan und die PKK, sind dazu bereit - die AKP und die „westlichen Staaten" derzeit offenbar nicht.

Eine der Aufgaben der emanzipatorischen Kräfte und Humanistinnen in Europa ist es, die Logik der staatlichen Gewalt aufzudecken und zu zeigen, dass die türkische Regierung auf dem Weg in eine Diktatur des Sultanats spätestens seit 2009 die Menschenrechte täglich auf eine Weise mit Füßen tritt, die absolut inakzeptabel und bekämpfenswert ist. Deshalb sollten wir politischen Druck entfalten, uns für die Menschenrechte einsetzen und dafür wirken, dass die 9 000 politischen Gefangenen aus der Haft entlassen werden und die PKK von der EU-Terrorliste gestrichen wird, um einen Dialog zu ermöglichen. So würden die Kurdinnen nicht weiter, in menschenverachtender Weise, als Objekte im Zusammenhang mit kolonialen Begehrlichkeiten behandelt, sondern als Subjekte mit unveräußerlichen Rechten anerkannt.

Nicht umsonst heißt es in der UN-Charta, dass Widerstand gegen kontinuierliches Unrecht und Tyrannei legitim ist.

Martin Dolzer, Soziologe

Aus: Kurdistan Report Nr. 158, November /Dezember 2011

Fußnoten:
1 http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.phpiicU14203
2 http://www.jungewelt.de/201l/08-13/035.php
3 http://www.ag-friedensforschung.de/regionen/Libyen/tote.html
4 http://www.sueddeutsche.de/politik/proteste-in-der-arabischen-welt-die-umsturz-gmbh-1.1061251 und http://de.wikipedia.org/wiki/Otpor

»Und er wird stürzen«

In Chile kämpfen junge Menschen gegen die Vermarktung der Bildung

Eine junge Protestbewegung in Chile demonstriert gegen die Bildungspolitik der konservativen Regierung. Sie will verhindern, dass Bildung immer mehr zur handelbaren Ware degradiert wird. Angesichts der Teuerungsraten wird der Besuch von Schulen und Unis zum Privileg weniger, die es sich leisten können.

Lang - lang - kurz, kurz, kurz: Das durch Mark und Bein gehende Stakkato der Trommeln, Töpfe, Trillerpfeifen und Autohupen ist so etwas wie die Hymne dieses Proteststurms, der Chile seit Monaten in Atem hält. Mit dem gleichen legendären Kampfruf »Y va a caer!« (Und er wird stürzen) hatte sich die Mehrheit der Chileninnen damals Mut gemacht, um in einem Plebiszit das verhasste Pinochet-Re- gime zu besiegen. Jetzt nutzen die Kinder und Jugendlichen aus einer Generation, die die Terrorherrschaft der Militärs selbst nie erlebt hat, die fünf emblematischen Silben, um das von der Diktatur installierte neoliberale Schul- und Bildungssystem in seinen Grundfesten zu erschüttern. Und mit ihm gleich die ganze rechts-konservative Regierung unter dem Unternehmer Sebastian Piñera.

800.000 Schülerinnen und Studierende, unterstützt von ihren Familien, Lehrerinnen, Hochschulprofessorinnen und Sympathisantinnen, zogen am 21. August in einem Sternmarsch durch Santiago. Im ganzen Land waren es bei ähnlichen Veranstaltungen zeitgleich weitere Hunderttausend. Vermutlich weit über zwei Millionen junger Menschen haben sich in Chile während der zurückliegenden Wochen an Aktionen zum Einfordern des Grundrechts auf Bildung beteiligt. Seit den Demonstrationen vor dem Plebiszit 1988 gegen Pinochet erlebte das Land keine ver-

und 2011 verdoppelt haben. Indes sind die Durchschnittseinkommen höchstens um 35 Prozent gestiegen. Was die Studierenden dafür erhalten, ist skandalös wenig: durchschulter Frontalunterricht, meistens Wissensvermittlung ohne Kreativität, so gut wie keine Forschung. Keine einzige chilenische Uni schafft es im weltweiten Ranking unter die 500 Besten. Obwohl Hochschulen laut Gesetz keine Gewinne erwirtschaften dürften, funktionieren die allseits bekannten Mechanismen zur Abzocke der Studierenden so simpel wie infam: Oft sind die Eigentümerinnen der zahlreichen Privatunis gleichzeitig die Besitzerinnen von Bau- oder Immobilienfirmen, die für die Miete der Gebäude und Infrastruktur der Hochschule überzogene Preise verlangen. Oder die über eigens gegründete Service- Unternehmen für Gebäudereinigung, Verwaltung, Mensabetrieb oder windige Beraterаufträge Rechnungen jenseits aller Marktbedingungen stellen. Alles ganz legal.

Zahlreiche Politikerinnen aller Couleur sind als Miteigentümerinnen an dem Milliardengeschäft rund um die privaten chilenischen Sekundärschulen und Universitäten beteiligt. An den Studienkrediten, für die höhere Zinsen verlangt werden als für Hypothekendarlehen, verdient die gesamte chilenische Finanzbranche - und mit ihr die im Land stark engagierten internationalen Großbanken. Kaufhausketten bieten Jugendlichen

Kredite an, um die Studiengebühren zu finanzieren. Am Ende sind es oft die Eltern der Hochschulabsolventinnen, die bis zum Lebensende mithelfen, die Schuldenlast ihrer Kinder abzutragen.

Chile zeichnete sich bis Mitte der 1970er Jahre durch ein vorbildliches öffentliches Bildungssystem aus, in das der Staat erhebliche Ressourcen investierte. Seit den Zeiten der sozialreformerischen Regierung unter Pedro Aguirre Cerda (1938-1941) und der Verleihung des Literaturnobelpreis 1945 an eine Dorfschullehrerin, Gabriela Mistral, war es nationaler Konsens gewesen, dass das Engagement für Schulen und Bildung die wichtigste Strategie zur Überwindung von Armut darstellt.

Neoliberale Zäsur

Die neoliberalen »Reformen« des Pinochet-Regimes beendeten diese Politik abrupt: Die Entscheidungen, öffentliche Schulen an die Kommunen zu übergeben und gleichzeitig die Finanzierung drastisch zurück zu fahren, sowie den Markt für Hunderte von Privatunis zu öffnen, veränderten das Gesicht der chilenischen Gesellschaft mehr als alle anderen Zäsuren, die die Militärs dem Land aufzwangen. Da es in Chile keinen kommunalen Finanzausgleich wie in Deutschland gibt, verkam das nunmehr kommunale Bildungssystem fast überall im Land zu einer kümmerlichen Ansammlung von Rest-Schulen für Kinder aus Familien mit niedrigem Einkommen, prekär ausgestattet, mit überforderten Lehrerinnen und viel zu großen Klassen.

Aus öffentlichen Mitteln werden gerade mal 25 Prozent des Bildungssystems finanziert. Groteskerweise fließt ein relevanter Teil dieser Ausgaben als Subventionen an kommerziell organisierte Privatschulen. Eine OECD-Studie zeigt, dass der Staat pro Jahr und Studierendem kümmerliche 838 Dollar investiert. Das ist ein Zehntel dessen, was die 34 OECD-Mitgliedsländer im Durchschnitt ausgeben.

2006 begehrten in Chile erstmals die SekundarschülerInnen gegen dieses System auf und sorgten mit ihrer Bewegung der »Pingüinos« (in Anspielung auf die Schuluniformen) für internationale Aufmerksamkeit und eine Regierungskrise. Mit halbherzigen Versprechungen versuchte die damalige Mitte- Links-Koalition unter Michelle Bachelet die Situation zu entschärfen – und wurde dabei von den beiden Rechtsparteien im Kongress ausgebremst. Der Protestturm, der nun über Chile fegt, ist hingegen von ganz anderem Kaliber. Fast tausend Schulen und Universitäten im ganzen Land werden besetzt gehalten und erbittert gegen alle Räumungsversuche verteidigt. Nacht für Nacht belegt der Rhythmus der Töpfe und Trommeln, welche Intensität die allgemeine Unzufriedenheit mittlerweile erreicht hat. Die Aktionsformen sind bunt, laut, kreativ, frech und - mit wenigen Ausnahmen - konsequent gewaltfrei. Als der inzwischen abgesetzte Bildungsminister

Joa- quin Lavin von der Pinochet-Partei UDI im Juli angesichts der Streiks kurzerhand entschied, die Ferien vorzuverlegen, organisierten Tausende Jugendliche aus Protest mitten im chilenischen Winter bei frostigen Temperaturen vor dem Präsidentenpalast eine lautstarke Strandparty in Badehosen und Bikinis, mit Sonnenschirmen, Liegestühlen und Beach-Volleyball.

Die Protestbewegung will, dass der Staat die Kommunalisierung der öffentlichen Schulen rückgängig macht und über sein Bildungsministerium wieder direkt Verantwortung übernimmt. Und es geht um ein gerechtes, nicht an kommerziellen Interessen, sondern an internationalen Qualitätsstandards ausgerichtetes System zur Bil- dungs- und Studienförderung mit mehr Gratis-Sekundarschulen, staatlichen Stipendien und fairen Konditionen für Darlehen. Und es geht ihr um eine konsequente Kontrolle von Privatschulen und privaten Universitäten. Finanziert werden soll das deutlich stärkere Engagement des Staates durch eine Verstaatlichung eines Teils der äußerst lukrativen, von

ausländischen Konzernen betriebenen Kupferminen. Über all diese Elemente einer Bildungsreform sollen, so die For-

derung der Studierenden, die Bürgerinnen in einem Plebiszit abstimmen.

Repression wie unter Pinochet

Wer seit dem 4. August die äußerst brutalen Polizeieinsätze mit Schlagstöcken, Wasserwerfern, Tränengas und Massenverhaftungen gegen die Protestierenden in verschiedenen chilenischen Städten miterlebt hat, spürt, wie sehr bei der Regierung die Nerven blank liegen. 370 leere Hülsen von auf sie abgefeuerten Tränengas-Granaten haben die Studentinnen der Universidad de Chile am Hauptsitz ihrer Hochschule an einem einzigen Tag eingesammelt und auf der Straße zu einem improvisierten »Museum der Repression« aufgereiht. Während der Bürgermeister von Santiago, Pablo Zalaquett, lautstark den Einsatz des Militärs gegen die Demonstrantinnen sowie Schnellgerichtsverfahren für festgenommene Jugendliche verlangt, wird immer deutlicher, wie profund sich die Systemkrise inzwischen manifestiert. Präsident Piñera erklärt derweil unerschütterlich: »Bildung ist ein Konsumgut, für das man bezahlen muss – wie für alles im Leben«.

In der Nacht des 25. August kommt es dann im Santiagoer Armenviertel Jaime Eyzaguirre de Macul zur Katastrophe: Ein Polizeiunteroffizier erschießt mit einer Maschinenpistole einen 16-Jährigen, der mit seinem im Rollstuhl sitzenden Bruder unterwegs war, um eine Protestaktion zu beobachten. Der zuständige Polizeigeneral Sergio Gajardo bestreitet die Beteiligung von Carabineros, erklärt Augenzeuginnen zu Lügnerinnen und lehnt jegliche Untersuchung des Vorfalls ab. Aus Regierungskreisen erfährt der Hardliner zunächst rhetorische Unterstützung. Für einen Augenblick scheint es, als ob die alten Mechanismen der »Impunidad« (Straflosigkeit) aus der Zeit des Militärregimes noch immer funktionieren. Erst als dann doch von der Staatsanwaltschaft Recherchen angeordnet und 500 Maschinenpistolen der Polizei in Macul und Peñalolén untersucht werden, kann der Mörder zweifelsfrei identifiziert werden. General Gajarda und neun Offiziere, die entweder Mitwisser waren oder versucht hatten, die Spuren des Verbrechens zu verwischen, werden ihres Amtes enthoben. Der Todesschütze wird verhaftet und angeklagt. Wenige Tage später verliert auch der Oberkommandierende der uniformierten Polizei Chiles, General Gordon, seinen Posten.

Präsident Piñera versucht ein Notfallmanöver: Ohne Absprache mit seinen Ministerinnen und die ihn stützenden Parlamentsfraktionen lädt er StudentenführerInnen, Hochschulrektorinnen sowie den Präsidenten der Lehrergewerkschaft zu Gesprächen ein. Nach wenigen Tagen sind die Verhandlungen gescheitert. Piñera ist nicht bereit, die Fundamente des kommerziellen Bildungssystems in Frage stellen zu lassen. Er will die Studierenden mit etwas verbesserten Konditionen beim Darlehenssystem und der staatlichen Aufsicht über Schulen und Universitäten abspeisen. Die brechen daraufhin die Treffen ab. So ziehen wieder Protest- und Demonstrationszüge durch Santiago, Valparaiso, Concepción und die anderen Städte Chiles.

Von Jürgen Schübelin

Aus: iz3w 327, Nov./Dez. 2011

Explosive Frustration

Interview zu den britischen Riots

Was war das, was sich zunächst im Spätsommer in London und dann in vielen britischen Städten Luft machte? Schnell bei der Hand und verbreitet war die simple Interpretation: unpolitische Krawalle eigennütziger und asozialer Jugendlicher – doch vom Hessischen Rundfunk bis in die Süddeutsche Zeitung hinein gab es auch nachdenkliche Stimmen, die die Wut der Jugendlichen in einen Zusammenhang brachten mit der Zerstörung des Gesellschaftlichen durch den Neoliberalismus britischer Prägung. Es versteht sich, dass auch in dieser etwas kritischeren Betrachtung die Protestierenden selbst Objekt blieben. Deshalb und weil anzunehmen ist, dass dies nicht die letzten militanten Proteste gewesen sind, dokumentieren wir hier ein Interview vom August 2011, das Ron Jacobs, Redakteur des US-Onlinemagazins Counterpunch, mit zwei Londoner Gewerkschaftern der Industrial Workers of the World geführt hat und in dem den Motiven der Unruhen genauer nachgespürt wird. Da die beiden Kollegen, die sich als Teil der Bewegung sehen, lieber anonym bleiben wollen, nennen wir sie George und James.

Wie begreift Ihr die Welle von Aufständen, die durch Großbritannien gerollt ist? (...)

James: Meine Auffassung der Ereignisse ist die Folgende. Es gibt eine Unterklassen- Jugend, die verschiedenartige Formen struktureller Gewalt erlitten hat:

- endemische [d.h. auf bestimmte Regionen begrenzte; Anm. d. Ü.] Armut in Nachbarschaft und Familie in einer der oberflächlichsten und am meisten durchkommerzialisierten Konsumgesellschaften, die es gibt, in der der Einzelne fortwährend mit künstlichen Sehnsüchten aus Werbung und PR bombardiert wird;
- Stadtviertel voller sozialer Probleme, Kriminalität und gewalttätiger Gangs, als Folge endemischer Armut, Arbeitslosigkeit und politisch-ökonomischer Verwahrlosung;
- Stadtviertel mit veralteter, zerfallender und unterfinanzierter öffentlicher Infrastruktur;
- ein Abwürgen des öffentlichen Dienstes durch Sparmaßnahmen sowie Kürzung der Sozialleistungen, was eine direkte Auswirkung auf die beteiligten Jugendlichen und ihre Familien hat: Schließung von Jugendzentren, Seniorenheimen und aller Arten von sozialen Wohlfahrtseinrichtungen;
- endemische Arbeitslosigkeit ohne Jobaussichten, ausgenommen wenige prekäre, unterbezahlte, unbefriedigende Jobs, die keine Verbesserungsmöglichkeit darstellen und Arbeiterinnen ihrer Rechte berauben;
- Workfare-Strategien gegen die Arbeitslosen, nach denen arbeitslose Jugendliche effektiv ohne Lohn arbeiten müssen, um ihre magere Jobsucher-Unterstützung zu sichern. Nicht selten arbeiten sie sklavenähnlich, verrichten niedere Hilfsarbeiten für Filialen ausbeuterischer Konzerne;
- keine Aussichten auf wie auch immer geartete soziale Mobilität: Diese Kids können es sich nicht einmal mehr leisten, unterfinanzierte zweitklassige Colleges zu besuchen, weil die EMA [Education Maintenance Allowance, eine Art BaföG; Anm. d. Ü.] gestrichen wurde. Diese Kids wissen, dass sie keine Chance haben, zur Uni zu gehen, weil damit massive Studiengebühren und Darlehensschulden verbunden wären. Die Studiengebühren wurden unlängst auf durchschnittlich 9 000 Pfund pro Jahr verdreifacht. Sie wissen, dass sie beinahe keine Chance haben, ein Einkommen zu erzielen, das einen Besuch dieser Unis ermöglicht;
- ständige Schikanen durch die Polizei, respektloses Verhalten, willkürliche Straßenkontrollen, die auf einem Profiling nach Rasse und Klasse basieren und ständige Rassen- und Klassendiskriminierung durch die weißen Mittel- und Oberschichten.

Darüber hinaus sind diese Kids alles andere als dumm und uninformiert: Sie haben ein sehr klares politisches und ökonomisches Bewusstsein darüber, dass sie durch die herrschenden Klassen komplett verraten, verkauft, entrechtet und unterdrückt werden, und zwar aufgrund eines wirtschaftlichen und sozialen Kollaps, den die herrschenden Klassen selbst zu verantworten haben. Diese Kids sind sehr sicher im Umgang mit den neuen sozialen und alternativen Medien und wissen daher weitgehend um die betrügerischen Hintergründe der ökonomischen Kernschmelze. Sie wissen, dass die Wirtschaft wegen der Banken und Reichen absäuft. Sie wissen auch, dass sie am Ende bei allen Sozialkürzungen den Kürzesten ziehen.

Viele von diesen Kids waren auch schon im Januar 2011 gegen die Kürzungen der britischen Studienförderung und die Erhöhung von Studiengebühren

auf der Straße. Dort ist die Polizei ihnen fortwährend mit Einschüchterung, Kesseln, Schlagstock-Einsätzen, Manipulation [der Berichterstattung; Anm. d. U.] begegnet.

- Sie sind sich der Korruption der politischen Klassen voll bewusst.
- Sie sind sich der Verdrehungen, Lügen und Verzerrungen der Medien, die sie bereits während der Studierenden-Proteste erlebt haben, bewusst.
- Sie sind sich des Zynismus, der erbärmlichen Gleichgültigkeit, der Nabelschau und des Desinteresses der Ober- und Mittelschichten voll bewusst, sowie der Verachtung und Vorurteile, welche diese Schichten auf sie projizieren.

Und dann, zu allem Überfluss, erschießt die Polizei einen der ihren unter sehr fragwürdigen Umständen. Die Polizei fuhr fort, indem sie einen friedlichen Protest komplett ignorierte, der von der Familie des Verstorbenen angeführt wurde, die nicht nur Antworten auf offene Fragen einforderte, sondern auch soziale Unterstützung und Wiedergutmachung, zu der der Staat von Gesetz wegen verpflichtet ist. Dann wirft eine Sechzehnjährige, die auf die Polizeikette zugegangen war, um eine Erklärung zu fordern, offensichtlich aus Zorn und Frust eine Flasche; die Polizei reagiert, indem sie zuschlägt. Als Ergebnis detoniert all die explosive Frustration, die sich über die Jahre aufgestaut hat.

Füge ein Netzwerk sozialer Medien hinzu – via Blackberry Phone Messaging – und Du bekommst ein nicht zu stoppendes horizontales soziales Netzwerk, das von purer Wut angetrieben wird. Hinzu kommt, dass es offensichtlich Massen von entrechteten Kids gibt, die nun die Gelegenheit nutzen, es nicht nur der Polizei heimzuzahlen, sondern auch unerfüllte, bislang vollkommen illusorische Konsum-Begierden zu befriedigen, die von der Marketing- und Werbe-Industrie geschürt wurden.

Manche nennen es Plündern. Ich nenne es natürlichen Ausgleich einer total verdrehten Verteilung von Reichtum. Ja, es ist größtenteils eine negative, verneinende, zornige, wütende, zerstörerische, selbstgefährdende Reaktion. Ja, arme unschuldige Leute auch aus der Arbeiterklasse leiden unter dieser unterschiedslosen Wut. Ja, das sind bedauerliche Seiten dieses Aufruhrs. Aber was soll man von Jugendlichen denn erwarten, die von beinahe jeder vorhandenen sozialen Struktur aufgegeben und unterdrückt wurden? (...)

Mainstream-Journalisten, Politiker und Polizei wollen uns weismachen, dass wir hier einen Ausdruck der »Hobbes'schen Wolfshorde« gesehen hätten, die dem Herzen der Massen innewohne, und dass staatliche Repression nötig sei, um sie unter Kontrolle zu halten. Das ist Müll. Was wir in London sehen, ist eine soziopathische Gewalt, die Staat und Kapitalismus innewohnt. Sie hat die Unterklassen infiziert und zwar durch Ungerechtigkeiten, die durch massive psychosoziale Traumata totaler Frustration erzeugt wurden und sich in reine Wut verwandelt haben, die blind um sich schlägt. (...)

Einigermaßen verblüfft bin ich über die Angriffe auf kleine Ladenbesitzer. Eine Erklärung könnte in der oft zu hörenden Beobachtung liegen, dass Kids aus benachbarten Stadtteilen die Gelegenheit genutzt haben, nebenan Dampf abzulassen und zu plündern. Es kann auch erklärt werden - ich denke an das Anzünden von Wohnungen über den Läden – als Taten junger Gemüter, die von totaler Wut erfasst wurden und dadurch blind wurden für die Konsequenzen ihrer Handlungen. Zahlreiche meiner anarchistischen, libertär-sozialistischen Genossinnen waren auf der Straße und haben versucht, die Riots von ungerechtfertigten Angriffszielen hin zu legitimeren Zielen zu lenken. - Es muss unterstrichen werden, dass sie sich selbst nicht beteiligt haben und die Riots auch nicht »organisiert« haben; sie haben nur versucht, deren negative Effekte einzudämmen. – Meine Genossinnen haben berichtet, dass viele Jugendliche die Anregung, ihre Ziele besser abzuwägen, sofort aufgegriffen haben und bereitwillig von kleinen Läden und Häusern abgelassen haben, sobald wohlmeinende junge Aktivisten sich eingemischt haben. Dadurch konnten wir auf den Straßen eine Reihe von kleinen Läden vor Brandstiftung und Plünderung bewahren. Aber davon wirst Du in den herrschenden Medien nie etwas zu hören bekommen.

Wer hat teilgenommen? Würdet Ihr sagen, dass die Rebellion eine Klassenbasis hat, oder ist sie auf ethnischer Herkunft begründet? Oder handelt es sich umeine Kombination von beidem?

George: Ich denke, es würde in die Irre führen, die Protagonisten auf Klasse oder ethnische Herkunft zu begrenzen, es war viel breiter als das. Bemerkenswert ist z.B., wie außerordentlich jung manche Teilnehmer der Riots waren; laut Berichten der Zeitungen The Guardian und Daily Mail waren einige nur schätzungsweise acht bis zehn Jahre

alt. Vor diesem Hintergrund versteht man auch Kommentare, wie sie etwa im Radio zu hören waren, dass London kein neues Belfast werden dürfe...

James: Das ist in erster Linie eine klassenbezogene Rebellion, obwohl sie nicht notwendigerweise klassenbewusst sein muss. Viele Aktionen zeigen kapitalistische, konsumentenhafte, selbstzerfleischende Momente. Der Aufruhr weist einige Elemente von Rebellion gegen strukturellen Rassismus auf, wie er der Staatsgewalt und der Gesellschaft als Ganzes innewohnt. Wie dem auch sei: Soziologisch betrachtet handelt es sich um einen Aufstand armer städtischer Jugend, der ganz offensichtlich ethnische Trennlinien überschritten hat.

Ich muss an die 80er-Jahre denken, die Rebellionen in Brixton und anderswo, den Bergarbeiterstreik und die neoliberale Politik, die dazu geführt hat. Seht Ihr eine historische Ähnlichkeit?

George: Ja und nein. Ich habe damals selbst in einer der Brixton-Riots mitgemacht und hatte viele Freunde, die in Broadwater Farm in Tottenham dabei waren. Damals ging es in erster Linie gegen die Polizei - und es war unter den damaligen Umständen zu rechtfertigen. Ich habe mir sagen lassen, dass es jetzt in Toxteth/Liverpool und St. Pauls/Bristol sehr ähnlich gewesen sein soll. Die gegenwärtige Welle von Unruhen - und deshalb vermeide ich aufgeladene Begriffe wie »Aufstand« oder »Rebellion« tunlichst – scheinen unterschiedlicher und ortsgebundener zu sein. Diesmal scheint auch ein größerer Fokus auf der Aneignung von Waren zu liegen, aber vielleicht gehe ich damit auch nur der derzeitigen Medienberichterstattung auf den Leim, oder einer zu romantischen Betrachtung meiner eigenen Vergangenheit.

Sicher muss man Vergleiche zwischen der neoliberalen Politik von Thatcher und der heutigen Koalition ziehen, aber man muss auch daran erinnern, dass wir 1981 bereits zwei Jahre von Thatchers bösartiger Politik hinter uns hatten. Dagegen werden viele Maßnahmen der jetzigen Regierungskoalition erst noch in Kraft treten. Von daher würde ich auch Faktoren wie die globale Erhöhung von Lebensmittel- und Benzinpreisen in Betracht ziehen sowie die Absenkung von Löhnen, das Streichen von Sozialleistungen etc. Als jemand, der nach über zwei Jahren Arbeitslosigkeit wieder einen Job gefunden hat, kann ich Dir sagen: Es gab unter Thatcher wesentlich weniger Probleme mit der Stütze als heute, weniger Sperren, weniger Trainingsmaßnahmen... – und das Mindestalter für Arbeitslosenunterstützung war damals auch niedriger. (...)

Wie mir scheint, hat das brachiale Verhalten der Polizei dazu beigetragen, die wütenden Reaktionen der Leute auf der Straße auszulösen. Wenn man die ökonomische Brachialgewalt [original: »economic thuggery«, thug ist ein brutaler Schläger, Anm. d. U.] der Sparmaßnahmen hinzu nimmt, fragt man sich, wo das enden soll. Was ist Eure Prognose?

George: Ja, die ökonomische Gewalt ist sicher ein Faktor, der allen Gebieten gemein ist, die nach den vorliegenden Berichten von Riots betroffen waren: also die ärmeren Londoner Stadtteile. Ich kann nicht für alle verschiedenen Regionen sprechen, die von Polizeiwillkür betroffen sind. Jedenfalls zeigen alle bislang veröffentlichten Berichte übereinstimmend, dass der als auslösendes Ereignis zu Grunde liegende Mord an Mark Duggan in Tottenham durch die Polizei völlig unnötig war und dass der Fall Ähnlichkeiten mit der Tötung von Jean Charles de Menenzes aufweist. [Der aus Brasilien stammende Arbeiter wurde am 22. Juli 2005 in der Londoner U-Bahn von der Polizei mit sieben Kopfschüssen getötet, weil er mit einem mutmaßlichen islamistischen Attentäter verwechselt worden war. Die Tat geschah kurz nach den schrecklichen Anschlägen auf die Londoner U-Bahn.] Momentan vollzieht sich zudem eine interessante psychologische Verwahrlosung: Die Zeitung Metro zitierte einen »älteren Polizeibeamten« mit den Worten: »Meine einzige Botschaft an sie ist: Wir werden Euch finden, wir werden Euch zur Rechenschaft ziehen, während Ihr auf Euren brandneuen 42er-Flachbildschirm guckt. Fürchtet jedes Klopfen an Eure Tür, wir kommen!« Dem ist entgegenzuhalten: Wenn Leute doof genug sind, gestohlenes Eigentum zuhause aufzubewahren, könnte man ein paar erwischen – aber, Kollege, nach den Plänen der Regierung sind bald eine Menge von Euch Polizisten ebenfalls arbeitslos... (...)

Ich habe gesehen, dass Ihr auf Eurer Facebook-Seite Erklärungen zur Unterstützung von Feuerwehrleuten und Rettungssanitätern herausgegeben habt. Könnt Ihr erklären, warum Ihr das für nötig gehalten habt?

James: Wir sind eine Gewerkschaft für Arbeiterinnen und die Arbeiterklasse. Feuerwehrleute und Rettungskräfte sind Angehörige dieser Klasse. Ich habe viele Freunde unter den Feuerwehrleuten. Sie sind ebenfalls mit Budget-Kürzungen und einer Verschlechterung ihrer Arbeitslosenabsicherung konfrontiert. Sie waren rund um die Uhr im Einsatz, um die vielen Brände zu löschen, und manchmal wurden sie zur Zielscheibe von Angriffen durch fehlgeleitete Aufrührer. Ich fand es wichtig, dass wir uns mit diesen Kollegen solidarisch zeigen.

Der Text ist am 12. August 2011 im Online-Magazin »Counterpunch« erschienen.

Aus: express – Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit 10/2011

Neues Denken im Baskenland

Obwohl ETA die Waffen niederlegt, verweigern Frankreich und Spanien den Dialog

Es war ein Paukenschlag, mit dem außerhalb des Baskenlands kaum jemand gerechnet hat. Genau einen Monat vor den vorgezogenen Neuwahlen in Spanien am 20. November 2011 hat die baskische Untergrundorganisation Euskadi ta Askatasuna (ETA) die Einstellung ihres bewaffneten Kampfs erklärt.

Die historisch zu nennende Entscheidung wurde am 20. Oktober 2011 von drei maskierten ETA-Mitgliedern in einer Videobotschaft verkündet. Damit besiegelte die Untergrundorganisation nach 52 Jahren ihr Ende als bewaffnete Organisation. Drei Wochen nach der Verkündigung des Gewaltverzichts gab ETA ihre Bereitschaft zur Entwaffnung bekannt.

Im Baskenland war diese Entscheidung erwartet worden, nachdem auf einer »Internationalen Friedenskonferenz« in Donostia/San Sebastian im Oktober ein Gewaltverzicht von ETA in der »Erklärung von Aiete« gefordert worden war. Die Erklärung fasst die Vorschläge einer internationalen Vermittlergruppe zur politischen Lösung des Konflikts zusammen.

Zu der Gruppe gehören Bertie Ahern (Ex-Ministerpräsident Irlands), Kofi Annan (ehemaliger UN-Generalsekretär), Gerry Adams (Vorsitzender der irischen Sinn-Fein-Partei), Gro Harlem Bruntland (norwegische Ex-Regierungschefin) und Pierre Joxe (französischer Ex-Innen- und Verteidigungsminister). Nachträglich haben sich der »Erklärung von Aiete« der ehemalige US-Präsident Jimmy Carter, der britische Ex-Premier Tony Blair und US-Senator George Mitchell angeschlossen.

Gemeinsam bestimmte Linie der baskischen Linken

Zwei Tage nach der Internationalen Friedenskonferenz stellte sich die baskische Linke geschlossen und uneingeschränkt hinter die »Erklärung von Aiete«. Mit ihrem Schritt hat nun auch ETA die zentrale Forderung der Friedenskonferenz erfüllt. Damit hat inzwischen die gesamte linke baskische Unabhängigkeitsbewegung erklärt, dass die Unabhängigkeit eines vereinten und sozialistischen Baskenlands allein mit politischen und demokratischen Mitteln zu erreichen ist.

In Richtung Spanien und Frankreich appellierte die Friedenskonferenz, Gespräche mit ETA zu beginnen, »die ausschließlich die Konsequenzen des Konflikts betreffen«. In ihrer Erklärung nahm ETA den Ball auf und forderte ebenfalls Verhandlungen über eine »Lösung für die Konsequenzen des Konflikts und damit ein Ende des bewaffneten Konflikts«. Als Ziel definierte sie die »Anerkennung des Baskenlands und den Respekt vor dem Willen seiner Bevölkerung«.

Trotz des steigenden internationalen Drucks verweigern bislang Paris und Madrid jedweden Dialog. Spaniens Ministerpräsident José Luis Rodríguez Zapatero sprach nach der ETA-Erklärung lediglich von einem »Sieg von Demokratie, Gesetz und Vernunft«. Fortan werde man »eine Demokratie ohne Terrorismus haben«, allerdings »das Leid der Opfer des Terrors nicht vergessen«.

Anders als in der »Erklärung von Aiete« gefordert, ging damit Zapatero alleine auf die etwa 800 Opfer der ETA ein. Die Vermittlergruppe sprach allerdings ausdrücklich von »allen Opfern«. Für einen

Friedensprozess sei der »angerichtete Schmerz« auf beiden Seiten anzuerkennen.

Gemeint sind damit also auch die Opfer der staatlichen Todesschwadrone (GAL), die Zapateros Parteifreund Felipe González in den 1980er Jahren auf die Baskinnen losgelassen hat, ebenso wie die Menschen, die auf Demonstrationen von Guardia Civil und Nationalpolizei ermordet wurden, oder diejenigen, die in spanischen Polizeistationen gefoltert wurden. Unter diese Formulierung fallen aber auch die illegalen Schließungen baskischer Medien, die Partei- und Organisationsverbote, ebenso wie die Flüchtlinge oder die Angehörigen der Gefangenen. Etwa 800 Gefangene sitzen weit entfernt vom Baskenland in spanischen und französischen Knästen.

Anstatt Friedensgespräche aufzunehmen – schließlich hatte Zapatero schon 2006/2007 mit ETA und der baskischen Linken über einen Friedensprozess verhandelt –, überlässt der nicht zur Wiederwahl angetretene Noch-Ministerpräsident alle Entscheidungen der zukünftigen Regierung. Nicht einmal zu einer kleinen Geste ist er bereit. Anders der Chef der konservativen Volkspartei (PP) Mariano Rajoy, dem ein Wahlsieg prognostiziert wird. Er hält sich alle Türen offen und spricht von einer positiven Entwicklung.

Als Geste zur Entspannung gilt gemeinhin ein Zugeständnis in der Gefangenenfrage. So fordert etwa die Baskisch-Nationalistische Partei (PNV) von Zapatero, dass schwer Erkrankte und Gefangene, die einen Großteil der Strafe schon abgesessen haben, aus der Haft entlassen und die übrigen Gefangenen ins Baskenland verlegt werden sollen. Zapatero würde damit nur geltendes Recht umsetzen, das eine heimatnahe Strafverbüßung genauso vorsieht wie die Entlassung nach drei Vierteln der Strafe.

Mit dieser Forderung versucht der PNV offensichtlich, seine Position gegenüber der baskischen Linken zu verbessern. Für sie steht die Gefangenenfrage an erster Stelle. Zwei Großdemonstrationen in Donostia und Bilbo/Bilbao mit jeweils Zehntausenden Teilnehmerinnen haben das in den letzten Wochen gezeigt.

Darüber hinaus wird im Baskenland über Neuwahlen spekuliert. Weil bei der letzten Wahl 2009 die baskische Linke ausgeschlossen war, ist die Zusammensetzung des baskischen Regionalparlaments verzerrt. Als Sieger ging damals die baskische Sektion der PSOE im Baskenland hervor, die nun zusammen mit der PP die Regionalregierung stellt.

Auch der PNV, der damals nach Jahrzehnten von der Macht verdrängt wurde, fordert Neuwahlen, aber nicht mit Nachdruck. Nicht nur der PNV wartet ab, wie und ob die baskische Linke an der Wahlurne für ihren unablässigen Einsatz für den Frieden belohnt wird. Zu den Wahlen zum spanischen Parlament tritt er mit der neu gebildeten Koalition Amaiur an. In ihr sind nicht nur die Anhängerinnen der 2003 verbotenen Partei Batasuna (»Einheit«) vertreten, sondern auch die sozialdemokratische Baskische Solidaritätspartei (EA) und Alternatiba, eine Abspaltung der Vereinten Linken. Zu dieser Formation, die als Bildu im Mai bei den Kommunalwahlen zweitstärkste Kraft im Baskenland wurde, hat sich nun auch die Batasuna-Abspaltung Aralar gesellt.

Der Friedensprozess ist noch nicht im Gang

Unterstützung erhält Amaiur vom ehemaligen Batasuna-Sprecher Arnaldo Otegi, der zur Wahl der Koalition aufruft. Otegi hat mit weiteren Führungspersonen der baskischen Linken maßgeblich den Prozess angeschoben, der nun zum Gewaltverzicht von ETA geführt hat. Derzeit sitzt Otegi in Haft. Zusammen mit Rafa Díez, dem Ex-Generalsekretär der Gewerkschaft LAB, wurde er im September zu zehn Jahren Haft verurteilt.

Laut Gericht sollen beide für ETA 2008 eine »Koordinationskommission« für die neue »strategische Linie zur Akkumulation der Kräfte für die Souveränität« gebildet, mit anderen Worten: die Neugründung von Batasuna vorangetrieben haben. Dass sich die Angeklagten vor Gericht von der Gewalt der ETA distanzierten, spielte keine Rolle. Als »überflüssig und störend« hatte Otegi ETA in diesem Prozess bezeichnet. Ob das Urteil vor dem Obersten Gerichtshof Bestand haben wird, darf bezweifelt werden. Basiert es doch u.a. darauf, dass die Angeklagten angeblich ETA »niemals aufgefordert haben, die Gewalt zu beenden«.

Dass Otegi trotz des Berufungsverfahrens weiterhin in Haft ist, zeigt, welche Probleme Spanien mit einem realen Friedensprozess und seiner Person als Protagonist in diesem Prozess hat.

Aus ak nr. 566

Nationalistische und faschistische Demonstration in Bremen und die (Nicht-)Reaktion der Antifaschist_innen

Dieser Artikel ist eine Antwort auf die Darstellungen der Demonstration türkischer Nationalist_innen und Faschist_innen in Bremen am letzten Samstag in den öffentlichen Medien und leider auch auf endofroad.

Graue Wölfe – türkische Faschisten sind in Deutschland aktiv und sichtbar

Am Samstag mobilisierten türkische Faschist_innen und Nationalist_innen zu einer Demonstration gegen „den Terror der PKK“ in die Bremer Innenstadt. Rund 1000 Teilnehmer_innen folgten dem Aufruf und versammelten sich gegen 13 Uhr auf dem Bahnhofsvorplatz. Unter ihnen viele offensichtlich erkennbare „Graue Wölfe“, also Mitglieder der faschistischen türkischen Partei MHP, sowie deren Anhänger_innen und Sympathisant_innen. Bereits bei der Auftaktkundgebung wurden zahlreiche MHP-Fahnen (drei Halbmonde vor rotem Hintergrund) geschwenkt und das unverkennbare Handzeichen („Wolfsgruß“) gezeigt.

Die Demonstration ist im Zusammenhang mit einer europaweiten Mobilisierung türkischer Nationalist_innen und Faschist_innen anlässlich des aktuellen Angriffs der PKK auf das türkische Militär am vergangenen Mittwoch zu sehen. Am Wochenende, den 22./23. Oktober fanden in mehreren Städten (u.a. Berlin, Hamburg, Stuttgart, Amsterdam,Wien) ähnliche Demonstrationen statt, teilweise begleitet von Angriffen auf kurdische Vereine oder Läden. Zu den größtenteils über facebook bekannt gemachten Demonstrationen hatte nach Aussagen der JW das türkische Konsulat zentral aufgerufen.

Ungefähr 80 kurdische Gegendemonstrant_innen versuchten am Anfang die Demo zu stören, wurden jedoch von Einsatzkräften abgedrängt und vor dem kurdischen Verein am Rembertiring gekesselt, durchgehend gefilmt und erst nach dem Ende der Demo freigelassen.

Während in den Medien größtenteils positiv von den Demonstrationen „für den Frieden in der Türkei“ berichtet wurde, finden Nachrichten über die Situation von Kurd_innen in der Türkei sowie über die aktuelle Entwicklung des Konflikts kaum Erwähnung. So wurden allein dieses Jahr in den ersten sechs Monaten 4015 Menschen festgenommen, darunter viele kurdische Politiker_innen und Vertreter_innen legaler kurdischer Organisationen.[1] Die Friedensangebote seitens der PKK an den türkischen Staat wurden in den letzten Jahren immer wieder abgelehnt. Ebenso die vielen Versuche seitens der kurdischen Zivilgesellschaft einen Friedensprozess voranzubringen. Stattdessen intensivierte das türkische Militär seine Angriffe auf die PKK und gegen die Zivilbevölkerung.[2] Bei den letzten Operationen Mitte Oktober 2011 wurde gegen Kämpfer_innen der PKK zu-

dem Gas eingesetzt und die toten Körper mit abgeschnittenen Gliedmaßen den Medien präsentiert. Um den Krieg gegen die Kurd_innen zu legitimieren, kriminalisiert die türkische Regierung jeglichen kurdischen Widerstand und fördert gezielt die Nationalisierung der türkischen Gesellschaft. Die nationalistischen Demonstrationen in den letzten Wochen spielen hierbei eine wichtige Rolle.

Vor dem Hintergrund einer nationalistisch bis faschistischen Demonstration von rund 1000 Teilnehmer_innen in Bremen hätten wir uns eine klare Positionierung und Reaktion von linker bis linksradikaler Seite gewünscht. Schockiert waren wir davon, dass es keinerlei Aktivitäten vor Ort gab und auch die Resonanz im Nachhinein ausblieb bzw. sich teilweise an den Darstellungen der lokalen Medien orientierte.

Während in den 80er und 90er Jahren die Solidarität mit Kurd_innen auch in der „deutschen" Linken eine wichtige Rolle spielte, findet gemeinsames antifaschistisches Handeln von kurdischen und „deutschen" Linken heutzutage kaum mehr real statt. Der Krieg in der Türkei scheint inzwischen in Vergessenheit zu geraten bzw. die Solidarisierung mit kurdischen Linken an Bedeutung verloren zu haben. Dabei hat die Organisierung von türkischen Faschist_innen auch in der BRD zugenommen; dabei spielt die BRD seit Jahrzehnten bei der Unterstützung der Türkei im Kampf gegen die Kurd_innen eine wichtige Rolle; dabei sind kurdische Aktivist_innen seit Jahren diejenigen in der BRD, die von der Verurteilung durch § 129 a/b und polizeilicher Repression am meisten betroffen sind.

Antifaschismus heißt für uns, sich gegen alle Formen faschistischer und rassistischer Äußerungen und Handlungen zu stellen, egal welcher „Nationalität" sie sind. Gleichzeitig halten wir es für wichtig, dass links/linksradikal denkende Menschen und Gruppen wieder stärker in Kontakt zur kurdischen Linken treten und damit antirassistische Theorie auch in die Praxis umsetzen. Immer wieder werden Widersprüche gegenüber der Politik der PKK in den Vordergrund gestellt, um eine Zusammenarbeit mit jeglichen kurdischen Linken zu vermeiden. Dabei gibt es oft wenig Wissen über die Entwicklungen der PKK seit den 90er Jahren und vor allem über die Vielfalt kurdischen Widerstands außerhalb der PKK3. Solidarisierung und gemeinsamer Widerstand heißt unserer Meinung nach nicht auf eine Kritik an den Strukturen und Inhalten der PKK zu verzichten oder sich mit allen Formen kurdischer Politik identifizieren zu müssen, sondern gemeinsam gegen Faschismus, Rassismus und Kapitalismus zu kämpfen.

Weitere Informationen zu den verschiedenen Themen siehe u.a. tatortkurdistan.blogsport.de

Einige Antifaschist_innen aus Bremen

1 http://www.nadir.org/nadir/initiativ/isku/pressekurdturk/2011/38/02.htm
2 So z.B. nach dem Erdbeben in Wan. Siehe: http://www.nadir.org/nadir/initiativ/isku/pressekurdturk/2011/43/03.htm http://www.nadir.org/nadir/initiativ/isku/pressekurdturk/2011/43/05.htm

Rote Zahlen auf dem Karmakonto

Die Anthroposophie ist von rassistischem Gedankengut durchdrungen

Im Kunstmuseum Stuttgart war bis Ende Mai (2011) die Ausstellung »Kosmos Rudolf Steiner« zu sehen. Auf drei Stockwerken wurden Zeichnungen und Notizblätter, alte Bücher und Stühle gezeigt. Es wurde auf Waldorfpädagogik und Eurythmie verwiesen, doch wesentliche Elemente ließ man aus, etwa die Lehre von Karma und Reinkarnation, auf der die Anthroposophie basiert. Steiner wurde gefeiert als »universeller Künstler und Denker«; fast konnte man glauben, er habe die gesamte Kunst des 20. Jahrhunderts inspiriert. Dabei hatten beispielsweise Steiners Baupläne für ein Anthroposophen-Zentrum in München ihm Hohn und Spott aus der Künstlerszene beschert.

Kritische Töne suchte man in der Ausstellung vergebens, sie ist wie eine PR-Kampagne zum 150. Geburtstag Steiners inszeniert. Mit ihr hofften die AnthroposophInnen, die vielen Negativ-Schlagzeilen der vergangenen Jahre vergessen zu machen, insbesondere die Vorwürfe und Belege für Rassismus und Antisemitismus. Dabei ist beides in der Anthroposophie so verbreitet wie in jenen Tagen, als der »Menschheitsführer« noch unter seinen JüngerInnen wandelte.

Ahrimanische Kräfte in Fukushima

Als aktuelles Beispiel seien die Beiträge der Zeitschrift Goetheanum zur Atomkatastrophe in Japan genannt. Dieses Zentralorgan der Anthroposophischen Gesellschaft wird in Dornach bei Basel, dem Hauptquartier der Bewegung, herausgegeben. Erdbeben, Tsunami und die radioaktive Strahlung aus dem zerstörten Atomkraftwerk Fukushima seien »dreifache ahrimanische Kräfte«, also Dämonen, denen die Menschen ausgesetzt seien, behauptet ein Autor im Aufmacher der März- Ausgabe. Mit Verweis auf Steiner wertet er die Katastrophe als Folge des »Gesamt-Menschheits-Karma«. Die Opfer seien »über die Schwelle zur geistigen Welt gegangen«. Für sie gelte, was Steiner über Menschen gesagt hat, die durch Naturkatastrophen umgekommen sind: Dass »dadurch die Erinnerung an alles dasjenige gestärkt wird, was in ihrem Karma enthalten ist«.

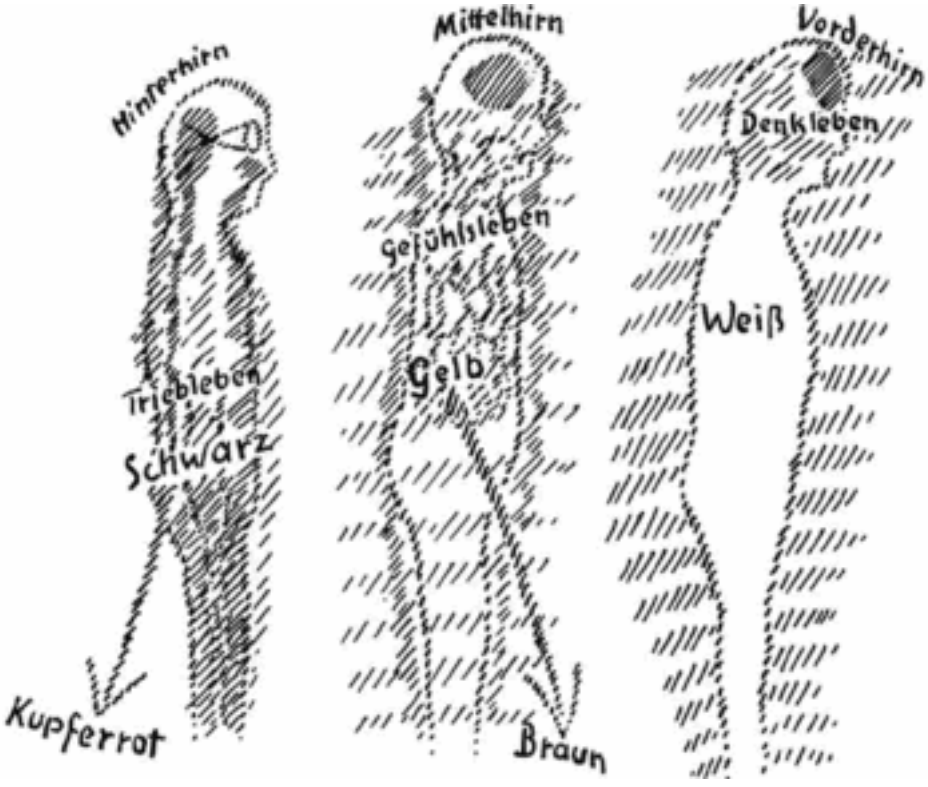
Die hinduistische Idee von Karma und Reinkarnation, wonach jeder Mensch und seine Leben bestimmt werden durch die Taten in früheren Verkörperungen, ist ein Pfeiler der Anthroposophie. Steiner sprach vom »Karmakonto«. Nach anthroposophischer Buchhaltung ist das Karmakonto der Menschheit und insbesondere Japans in den roten Zahlen. Die Opfer von Tsunami und atomarem GAU büßen demnach für eine karmische Schuld, die abgetragen werden müsse. »Japan ist das einzige Land, in dem Atomwaffen abgeworfen wurden.

Dasselbe Volk ist jetzt ‚ziviler' radioaktiver Strahlung ausgesetzt. Das ist das Schicksal Japans. Die materialistische Einstellung des Landes verursacht diese Situation. Was wir erleben, ist ein apokalyptisches Ereignis, das zugleich ein Zeichen zur Verstärkung der Bewusstseinsseele bedeutet«.[1] JapanerInnen galten Steiner als dekadente MongolInnen, die unkreativ und spirituell nicht entwicklungsfähig sind. Deshalb müssten sie an einer »Bewusstseinsseele« arbeiten.

Ein weiterer Text in dieser Ausgabe des Goetheanum verknüpft die Tradition der Völker* und Rassenpsychologie mit Anthroposophie. Der Autor beschreibt einen angeblichen japanischen Volkscharakter: »Nach außen scheu und zart wie die Reispflanze, nach innen unberechenbar feurig wie ein Vulkan.« Eine Renaissance im europäischen Sinne habe es in dem Land nicht gegeben, darum könnten die Japaner nicht selbständig denken, sondern nur den westlichen Materialismus kopieren.[2]

Beide Autoren knüpfen an Steiners Karma-Lehre und seinen Rassismus an. In einem Vortrag 1920 in Stuttgart hatte Steiner Asiatinnen als »senil und greisenhaft« geschmäht, sie könnten nicht selbständig denken.[3] Drei Jahre später gab er eine Anekdote über Japaner zum Besten, die angeblich ohne englische Ingenieure mit einem Dampfer nur im Kreis fahren würden. Der Hellseher Steiner behauptete: »Die Japaner werden daher alle europäischen Erfindungen ausbilden; aber selbst etwas ausdenken, das werden die Japaner nicht.«[4]

Wer Anthroposophie und Waldorfpädagogik für solche obskuren Ansichten kritisiert, stößt bei ihren Anhängerinnen auf Ignoranz und Abwehr. AnthroposophInnen stellen ihre Bewegung gerne als Opfer dar, beispielsweise des Faschismus. Dabei biederten sich ihre Funktionäre dem NS-Regime an. Die Anthroposophische Gesellschaft in Deutschland wurde zwar 1935 auf Betreiben von Reinhard Heydrich aufgelöst, die meisten Projekte konnten jedoch bis 1941 weiterarbeiten. Der »Reichsverband der Waldorfschulen« formierte sich sogar erst im Mai 1933 und trat korporativ dem NS-Lehrerbund bei. Der »Reichsverband für biologisch-dynamische Wirtschaftsweise« übernahm einen »Arierparagrafen« in seine Satzung, der Jüdinnen und Juden die Mitgliedschaft verwehrte. Ein Teil der NS-Führung bekämpfte die Anthroposophie als weltanschauliche Konkurrenz, ein anderer Teil sympathisierte mit ihren Projekten. AnthroposophInnen waren Mitglieder der NSDAP, konnten ihre Karrieren fortsetzen und Bücher und Zeitschriften veröffentlichen. Experten für biodynamische Landwirtschaft unterstützen Anbauexperimente der SS, der frühere leitende Gärtner der Firma Weleda setzte seine Tätigkeit in der Kräuterplantage des KZ Dachau fort.



Anthroposophische „Rassenvorstellungen"

Als weiteres Argument, warum sie keinesfalls rassistisches Gedankengut verträten, führen AnthroposophInnen gerne an, sie hätten zu Zeiten der Apartheid Waldorfschulen für Schwarze in Südafrika betrieben. Richtig ist, dass dort zuerst in weißen Bezirken Schulen für Kinder der Mittel- und Oberschicht entstanden. Erst in den 1980er Jahren wurden verstärkt »farbige« (gemeint sind schwarze und indische) Kinder aufgenommen und drei Waldorfschulen in Townships gegründet.[5]

Dieser Entlastungsversuch ist irreführend, weil der ideologische Kontext ausgeblendet wird. Während der nationalsozialistische Rassismus darauf abzielt, als minderwertig diffamierte Menschen zu versklaven und zu vernichten, wollen AnthroposophInnen diese bevormunden, sie spirituell erwecken, so dass ihr Geist in der nächsten Reinkarnation in den Leib eines Weißen, am besten einer/s AnthroposophIn, fährt. Die Weißen, besonders die Deutschen, haben in Steiners Weltbild eine spirituelle Mission, sie entwickeln das Geistige für die gesamte Menschheit. Anthroposophie enthält somit die esoterische Variante der Parole von »the white man's burden«, mit der der europäische und nordamerikanische Imperialismus um 1900 argumentierte.

Das Karma verbessern

Jeder muss dabei sein karmisches Schicksal erfüllen. Die Reinkarnation als AngehörigeR so genannter »niederer Rassen« ist durchaus als Strafe gedacht. Dies schlägt sich auch in der Waldorfpädagogik nieder. So schildert die Ex-Waldorfschülerin Ute Siebert eine Episode aus dem Konfirmandenunterricht der anthroposophischen Christengemeinschaft: »Die Lehre der Reinkarnation faszinierte mich damals, die in der Christengemeinschaft vertreten wird. Gleichzeitig las ich schon über nichteuropäische Gesellschaften und war besonders von Papua-Neuguinea begeistert. So fragte ich eines Tages den Pfarrer, ob ich denn in einem anderen Leben auch einmal als Papua wieder geboren werden könne. Er schaute mich entsetzt an, fragte ob ich davor Angst hätte und beschwichtigte mich gleich hastig, ohne meine Reaktion abzuwarten: ‚Deine Sorge ist unbegründet. Nur wenn Du jetzt körperlich schwer behindert wärest und an den Rollstuhl gefesselt, müsstest Du wohl noch einmal als Eingeborener auf die Welt kommen, um ganz in deinem Körper zu leben, niedrige Arbeiten zu verrichten und der Erde nahe zu sein.'[6]

Ein anderer Ex-Waldorfschüler berichtet, seine Klassenlehrerin habe zum Thema »Rasse« geäußert: »Es gibt Menschen mit Gebrechen und auch unterschiedlicher Hautfarbe, die vor allen Dingen unsere Hilfe brauchen, damit sie ihr Karma verbessern und in einer nächsten Reinkarnation als helle Gestalten wiederkommen können. Dieses gilt auch für körperbehinderte Kinder.« Der Schüler fährt fort und berichtet, dass für AnthroposophInnen Kontakte mit Nicht-ArierInnen und Behinderten als karmische Begegnungen gelten, in denen man Karma abarbeitet für ein künftiges Leben.[7]

Die arische fünfte Wurzelrasse

Schwarze gelten in der Anthroposophie als triebgesteuerte, verspielte, kindliche Wesen. Die Kolonialherren hätten die Aufgabe gehabt, »Impulse der europäischen Bewußtseinsseele« zu bringen, heißt es 1971 im Goetheanum.[8] Der kindliche Schwarze brauche die Führung des Weißen, behauptet Andreas Suchantke (1972) in einem Buch, das WaldorflehrerInnen zur Unterrichtsvorbereitung empfohlen wurde.[9] 1987 schreibt Claartje Wijnbergh aus Johannesburg im Goetheanum über »Waldorfimpulse« für Südafrika: »Hoffen wir, dass es gelingt, die Herzenskräfte der schwarzen Rasse mit den Haupteskräften der weißen in unserem anthroposophischen, pädagogischen Impuls zu verbinden.«[10]

Ähnlich bewerten AnthroposophInnen die Sekem-Farm in Ägypten, die von ihnen und Medien wie dem Spiegel gleichermaßen gelobt wird. Es handelt sich um einen Betrieb in der Nähe von Kairo, dessen Besitzer während seines Studiums in Deutschland und Österreich Anthroposoph wurde. Auf den Feldern seiner Farm arbeiten Kinder und bekommen neben ihrem Lohn Unterricht und Ausbildung. Die Kinder lernen Lesen, Schreiben, Rechnen und Eurythmie. Die Farm umfasst 500 Hektar und produziert Kräuter, Früchte, Gemüse und Baumwolle. Der Chef, Ibrahim Abuleish, bekam 2003 den Alternativen Nobelpreis.

In einem internen Lehrer-Rundbrief des Bundes der Freien Waldorfschulen vom November 1997 wird unter dem Titel »Den Islam neu verstehen« über Sekem berichtet. Nach einigen Angaben über die Geschichte der Farm lassen sich die Autoren über Geisteszustand, Charakter und Bewusstsein der Ägypterinnen aus: Diese Menschen lebten in einer »Empfindungsseele«, wie fast alle Völker und Kulturen, »die um den Sonnengürtel der Erde herum leben«. Darum würden sie sich treiben lassen und hätten nicht die »Zielgerichtetheit der Verstandesseelenzeit«.

Nach Steiners Weltsicht hatten die Ägypterinnen als Angehörige der dritten Unterrasse der arischen fünften Wurzelrasse die spirituelle Mission, zwischen 2907 und 747 vor Christus diese Empfindungsseele auszubilden. In der nächsten Epoche, bei den Griechen und Römern der Antike, arbeitete ein »Volksgeist« an der Verstandes- und Gemütsseele. Und seit 1414 ist es die Aufgabe germanisch-nordischer Menschen, die Bewusstseinsseele zu entfalten, mit deren Hilfe der Mensch sein göttliches Ich entdeckt.[11]

Dieses Schema wird von den Waldorf-Autoren auf Sekem übertragen. Die in der Nähe gelegene Stadt Bilbeis und ihre Menschen beschreiben sie als schmutzig und verwahrlost, die anthroposophisch inspirierte Farm dagegen als sauber, gepflegt, grün und von Arbeitswillen geprägt. »Man ist umgeben von einer arbeitsamen, sinnerfüllten Atmosphäre, während man auf den Straßen von Bilbeis den Eindruck hatte, dass das Leben und die Menschen durch den Tag dahintreiben«. Diesen Unterschied zwischen Sekem und dem übrigen Ägypten habe Abuleish den deutschen Besuchern damit erklärt, dass »er und seine führenden, meist europäischen Mitarbeiter, die Verhältnisse aus der Bewußtseinsseele heraus zielvoll führen«. Die »Führungsstruktur der Sekem-Organisation« baue auf einer »der Empfindungsseele entsprechenden pharaonischen Hierarchie auf« und andererseits auf Elementen, die, »aus der Bewusstseinsseele stammend, die Sekem- Mitarbeiter behutsam zum Erwachen der Verstandesseele hin erziehen«.[12]

Demnach benutzen AnthroposophInnen also Hierarchien, die sich am Vorbild der antiken Sklavenhaltergesellschaft orientieren, um ein profitables Unternehmen zu führen und ihre Arbeitskräfte, bei denen es sich eigentlich um zurückgebliebene, antriebslose, faule und schmutzige Ägypterinnen handelt, zu erziehen und geistig wenigstens auf die Stufe der Griechen und Römer zu hieven.

Diesen spezifisch paternalistischen Rassismus entwickelte Steiner bereits als Student in Wien, als er esoterischen Hokuspokus noch strikt ablehnte. Im Gegensatz zu den Deutschvölkischen, die das Habsburger- Reich zerschlagen und dessen deutschsprachige Gebiete an das Deutsche Reich angliedern wollten, vertrat Steiner die Idee eines Kulturauftrags der Deutsch- Österreicher, die er von seinen Mentoren, dem Dichter

Johann Kleinfercher und dem Literaturprofessor Karl Julius Schröer, übernahm. »Die Slawen müssen noch lange leben, bis sie die Aufgaben, die dem deutschen Volk obliegen, verstehen, und es ist eine ungeheure Kulturfeindlichkeit, dem Volksstamm [gemeint sind die Deutschen, PB] bei jeder Gelegenheit Prügel vor die Füße zu werfen, von dem man das geistige Licht empfängt, ohne welches einem die europäische Bildung ein Buch mit sieben Siegeln bleiben muss«, schrieb Steiner als Redakteur eines deutschnationalen Blatts.[13]

»Judentum hat keine Berechtigung«

Geboren am 27. Februar 1861 als Sohn eines Bahnbeamten in Kraljevec, damals Teil der Donaumonarchie, heute Kroatiens, wuchs Steiner in einem antisemitischen und nationalistischen Milieu auf. 1888 notierte er: »Das Judentum als solches hat sich aber längst ausgelebt, hat keine Berechtigung innerhalb des modernen Völkerlebens, und dass es sich dennoch erhalten hat, ist ein Fehler der Weltgeschichte, dessen Folgen nicht ausbleiben konnten«.[14] Nach dem Studium schlug sich Steiner als akademischer Gelegenheitsarbeiter durch, bis er um 1900 eine Karriere in Berlin bei den Theosophen begann und Generalsekretär der deutschen Sektion dieser esoterischen Strömung wurde.

Die theosophische Lehre von den sieben Wurzelrassen, die angeblich als körperliche Träger einer spirituellen Weiterentwicklung auf diesem Planeten fungieren, entwickelte er weiter. Schwarze galten ihm als triebgesteuert und kindlich (»Der Neger hat also ein starkes Triebleben«), Asiaten als dekadent, Indianer als vergreist und Juden als intellektualistisch-erstarrt. Steiner warnte weiße Frauen davor, in der Schwangerschaft Romane zu lesen, in denen Schwarze vorkämen. Sie würden sonst Mulattenkinder bekommen. Dabei hätte der »Neger« nichts in Europa zu suchen, agitierte Steiner.

Solche und andere Hirngespinste nahmen und nehmen seine Anhängerinnen für bare Münze. Sie verehrten ihn als »Menschheitsführer« und glaubten, er sei die Wiedergeburt von Aristoteles und Thomas von Aquin. Seine Vorstellungen über Reinkarnation und Karma gelten bis heute als konzeptionelle Grundlage der Waldorfschulen. Darum sei »die gesamte Waldorfpädagogik in ihrem Kern auf einem Menschenbild (aufgebaut), für das Karma und Reinkarnation zentrale Tatsachen sind«, konstatiert der Waldorfpädagoge Valentin Wember 2004 in der Zeitschrift Erziehungskunst, dem Organ des Bundes der Waldorfschulen. Über frühere Erdenleben anderer zu spekulieren, gilt zwar als taktloses Eindringen in die Privatsphäre, für WaldorflehrerInnen gibt es aber eine Ausnahme. Ihnen ist »behutsames Spekulieren« erlaubt. AnthroposophInnen glauben, dass der Leib eines Kindes von Kräften geformt wird, die auf frühere Erdenleben zurückgehen.

Wer in einem früheren Leben gelogen hat, dessen Leib sei in der nächsten Verkörperung davon geprägt, und er oder sie werde als geistig Behinderte/r wieder geboren. »Jetzt kann der Mensch die Wahrheit nicht mehr richtig erfassen, er wird schwachsinnig«, schreibt Wember. Dieser Zusammenhang sei »eine spirituelle Gesetzmäßigkeit, die der Geistesforscher Rudolf Steiner entdeckt hat«. Der Erzieher solle sich vorstellen, dass er derjenige war, der im früheren Leben belogen wurde. Er müsse dem behinderten Kind verzeihen und ihm die Wahrheiten des geistigen Lebens beibringen. Der Erzieher arbeite auch »karmische Schuld« von Kindern ab. Schon von diesem Ansatz her ist Waldorfpädagogik bevormundend und anmaßend, elitär und antidemokratisch, weil Lehrerinnen, die okkulte Zusammenhänge deuten, alles besser wissen.

Dazu passt, dass kritisches Denken laut Steiner Kinder und Jugendliche vergifte. Erst mit der Geschlechtsreife, wenn der »Ätherleib« enthüllt werde, dürfen die Lehrerinnen die Urteilskraft der Jugendlichen entwickeln, sie dürfen sich »den Schnabel wetzen«. Allerdings sollen reines »Kopfwissen« und »Intellektualismus« vermieden werden. Als didaktische Methode pries Steiner die Wiederholung. Intellektualität war ihm suspekt: »Alles Intellektuelle ist greisenhafter Wille, ist schon der Wille im Alter.« Über Sexualität und Erotik zu sprechen, ist in Waldorfschulen verpönt. Steiner empfahl stattdessen, den Sinn für das Erhabene und Schöne in der Natur zu fördern. Erst seit 2002 wird in Waldorfkreisen über Sexualkunde debattiert. Passend dazu steht die Anthroposophie mit der wissenschaftlichen Evolutionstheorie auf Kriegsfuß und geht davon aus, dass der Affe vom Menschen abstammt. Nach Ansicht Steiners sind Affen und Indianer »dekadente« Seitenzweige auf dem Weg zum Arier.

Steiners Vortstellungen von der Entwicklung und Erziehung des Menschen

ALTER	WESENSGLIED	ENTWICKLUNGS-PSYCHOL. CHAR.	ERZIEHUNGS-GRUNDSATZ
0-7 J.	Physischer Leib	Kind ist den Sinnesreizungen der Umwelt ausgeliefert	Nachahmung und Vorbild
7-14 J.	*Ätherleib Bildekräfteleib*	*Gedächtnis bildet sich aus, freie Vorstellungen werden frei*	*Nachfolge und Autorität*
14-21 J.	Astralleib	Abstraktes Denken, freie Urteilskraft, Triebe und Leidenschaft	Förderung des selbständigen Denken und Urteilens
Ab 21 J.	*Ich*	*Mündigkeit und Freiheit*	*Ablösung der Erziehung durch Selbsterziehung*

Begriffe wie »Wurzelrassen« oder »Rassen« meiden Steiners JüngerInnen heute, sie sprechen lieber von »Kulturepochen«. Dass menschliche »Rassen« nur in den Köpfen von RassistInnen existieren, hat sich in anthroposophischen Kreisen nicht verlässlich herumgesprochen. Ein Beispiel: »Der Keim zum Genie ist der arischen Rasse bereits in ihre atlantische Wiege gelegt«, schrieb der Waldorflehrer Ernst Uehli, ein enger Mitarbeiter Steiners. Das Buch war in einer Broschüre zu finden, die die Pädagogische Forschungsstelle des Bundes der Freien Waldorfschulen 1998 unter dem Titel »Literaturangaben für die Arbeit des Klassenlehrers an einer Freien Waldorfschule« herausgab. Das Heft enthält eine Übersicht über die Literatur, »die bei der Vorbereitung der Hauptunterrichtsepochen der Klassen 1-8 herangezogen werden kann«.

Empfohlen wurde kein einziges seriöses Sachbuch, etwa über die NS-Zeit für den Geschichtsunterricht, sondern überwiegend anthroposophische Werke aus der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts, einige davon wie das Buch Uehlis gespickt mit Geschichten über ominöse »Wurzelrassen« und die Wanderungen der »Arier«. In den empfohlenen Büchern lesen wir, der Italiener sei heiter und impulsiv und lüge aus Höflichkeit, der Brite wäre dagegen kühl und materialistisch. Der Araber wird als hart, leidenschaftlich, kalt und berechnend dargestellt. Russen werden als jähzornig, brutal, rücksichtslos, gewalttätig, herrisch, ungeduldig, launisch, schicksalsergeben, leidensfähig, unzuverlässig und unpünktlich beschrieben. Der Asiate gilt als dekadent, er ist ein cholerischer Mongole oder ein phlegmatischer Malaie. Der Japaner lebe in leichten Holzhäusern mit Strohdächern, er lächle immer und unergründlich, dahinter verberge sich aber mitleidlose Härte.

Leugnen und verdrängen

Im Herbst 2007 erklärte die Bundeszentrale für jugendgefährdende Schriften, zwei Steiner-Bücher enthielten Passagen, die heute als rassistisch eingestuft würden. Das war die erste offizielle Feststellung des Rassismus in Grundlagenwerken der Anthroposophie. Kurz darauf berichtete das Magazin Stern, dass Andreas Molau, ein früherer Waldorflehrer und damals Spitzenkandidat der NPD für die Landtagswahlen in Niedersachsen, zusammen mit Lorenzo Ravagli, einem langjährigen Waldorf-Funktionär, ein Buch publizieren wollte. Ravagli hat etliche Pamphlete produziert, in denen er Vorwürfe des Rassismus und Antisemitismus gegen die Anthroposophie zurückweist. Das Buch erschien nicht, aber Ravagli ist bis heute Redakteur der Zeitschrift Erziehungskunst, die der Waldorfschulverband herausgibt.

In der Stuttgarter Ausstellung hingen unter anderem zwei Bilder von Lionel Feininger, als Beleg für die angebliche Inspiration der modernen Malerei durch Steiner. Was die AusstellungsmacherInnen nicht thematisierten: 1924 erschien im Goetheanum ein Verriss, in dem Feininger kühl-zersetzender Verstand vorgeworfen wurde. Seine Werke zeigten erstarrende Gebilde, sie seien »zeitangekränkelt«, maschinell, ahrimanisch, von »luziferischem Eigenseinwollen«.[15] Wie die Nazis lehnten AnthroposophInnen moderne Kunst und Architektur sowie Jazz-Musik als entartend und das deutsche Blut vergiftend ab. Leugnen und verdrängen - das ist die Strategie der AnthroposophInnen im Umgang mit Kritik. Daran hat sich im Steiner- Jubeljahr 2011 wenig geändert.

von Peter Bierl

Anmerkungen

[1] Yuji Agematsu: Große Prüfung Japans. Die Schwarze Welle. Das Goetheanum, Heft 11/12, März 2011, S. 1ff.

[2] Daniel Moreau: Kontextualisierung: Gefährliche Gegensätze. Das Goetheanum, Heft 11/12, März 2011, S. 3ff.

[3] Rudolf Steiner: Gegensätze in der Menschheitsentwicklung, Gesamtausgabe (GA) Band 197, S. 164

[4] Rudolf Steiner: Vom Leben des Menschen und der Erde. Über das Wesen des Christentums. GA 349, S. 59

[5] Erziehungskunst. Zeitschrift zur Pädagogik Rudolf Steiners. Herausgeber Bund der Freien Waldorfschulen e.V. 2001, S.925f.

[6] Ute Siebert: Offener Brief an Lorenzo Ravagli. Berlin, 20.3.2001

[7] K.D.: Leserbrief an die Junge Welt, 4.9.2000

[8] C.J. van Houten: Süd-Afrika und das Bewusstseinsseelen-Zeitalter. Das Goetheanum, Heft 37, 1971, S. 298

[9] Andreas Suchantke: Sonnensavannen und Nebelwälder. 1972, S.23ff.

[10] Claartje Wijnbergh: Waldorfimpulse für das Erziehungswesen im schwarzen Südafrika. Das Goetheanum, Heft 21, 1987, S. 158

[11] Rudolf Steiner: Soziales Verständnis aus geisteswissenschaftlicher Erkenntnis, GA 191, S. 110, ders., Die Mission einzelner Volksseelen, TB (Taschenbuch) 613, S. 171ff.

[12] Bund der Freien Waldorfschulen: Lehrerrundbrief Nr.61, November 1997, S.60ff.

[13] Rudolf Steiner: Die Deutschen in Österreich und ihre nächsten Aufgaben. GA 31, S.141f.

[14] Rudolf Steiner: Robert Hamerling - Homunkulus. GA 32, S.145f.

[15] Lena Maaß: Deutsche Kunsteindrücke. Das Goetheanum, Heft 26, 1924, S.204f.

Peter Bierl ist Autor des Buches »Wurzelrassen, Erzengel, Volksgeister. Die Anthroposophie Rudolf Steiners und die Waldorfpädagogik« (Hamburg 2005, zweite überarbeitete Auflage, Konkret Literatur Verlag). Er steht für Lesungen, Vorträge und Diskussionen zur Verfügung.

aus iz3w Nr. 326 Sept./Okt. 2011

Käthe erklärt die Krise

Die „Krise" war doch schon vorbei, warum gehen jetzt Staaten bankrott? Wer und was ist eigentlich in der Krise und warum? Die feministische Ökonomin Käthe Knittler hat Antworten für alle, die bei komplizierten Wirtschaftsberichten längst ausgestiegen sind. Protokolliert von Gabi Horak

an.schläge: Was ist diese „Krise"? Warum spielt die Wirtschaft seit 2008 verrückt?

Käthe Knittler: Um den Ursachen für die Krise auf den Grund zu gehen, müssen wir weiter zurückschauen: In den Nachkriegsjahren bis in die 1970er Jahre war ein Wirtschaftssystem dominant, das als Fordismus bezeichnet wird. Das hat für 30 Jahre, zumindest für einen Teil der Welt, ganz gut funktioniert: Wirtschaftswachstum, relativ niedrige Arbeitslosigkeit, aufbauend auf Massenproduktion und Massenkonsum. Dieses System ist in den 1970er Jahren in die Krise gekommen, Massenproteste haben zugenommen. Ende der 70er kam es zur Ölkrise, und das System fixer Wechselkurse ist zusammengebrochen, insgesamt hat sich das negativ auf die Gewinne ausgewirkt. War die Politik bis dahin noch von einem Denken geprägt, das Staatsinterventionen ebenso wie wirtschaftliche Ankurbelungsmaßnahmen erlaubte, kam es in den 1980er Jahren zu einem wirtschaftspolitischen Umschwung hin zum Neoliberalismus, wie wir ihn heute kennen: Zurückdrängen von Gewerkschaften, eine Erstarkung von Unternehmensinteressen. Zugleich gibt es einen starken Anstieg an Gewinnen aus Finanztransaktionen, d.h. Gewinne werden weniger mit realen Gütern, Dienstleistungen, Rohstoffen gemacht, sondern damit, dass das Geld sich am Finanzmarkt scheinbar durch sich selbst vermehrt, durch den Handel über Spekulationsgeschäfte und Wechselkursgeschäfte u.Ä. – der Finanzsektor hat in den letzten zehn bis zwanzig Jahren immer mehr an Bedeutung gewonnen.

Und was ist passiert, dass dieses System nun nicht mehr funktioniert? Wie war der Krisenverlauf?

Zunächst gab es in den USA die „sub prime"-Krise oder „Immobilien-Krise". Sub-Primes sind Wertpapiere mit niedriger Bonität, „schlechten" Gläubigern oder Gläubigerinnen. Das waren in den USA diese Hypothekarkredite, die massenhaft an Personen vergeben wurden, obwohl klar hätte sein müssen, dass sie die Kredite schwer zurückzahlen können. Die Banken blieben dann auf diesen Krediten sitzen, als der Immobilienmarkt zusammengebrochen ist. Der Grund, warum aber so ein großer Bedarf für diese Kredite bestanden hat, war, dass die Löhne in den USA für den Großteil der Menschen so niedrig sind, dass sie ohne Kredite nicht leben können oder keine Häuser bauen können, weil es auch keinen staatlichen Wohnungsbau gibt. Das hat mit der neoliberalen Umstrukturierung zu tun: Die Lohneinkommen sind gesunken. Ähnliche Symptome finden sich auch in Spanien. Im Laufe der Immobilien-Krise gab es noch die leise Hoffnung, dass sich die Krise auf das eine Marktsegment in den USA beschränkt. Aber die Krise hat doch auf die Banken übergegriffen, das war der Beginn der „Finanzkrise". Die Banken untereinander haben das Vertrauen verloren, spätestens als die große US-Bank „Lehman Brothers" in Konkurs gegangen war. Die Banken verleihen ja untereinander Geld und handeln mit Krediten, und wenn dann das Vertrauen nicht mehr da ist, verlangen sie mehr Zinsen voneinander. Dadurch wird es immer schwieriger und teurer, sich Geld auszuborgen. Damit werden aber auch Kredite für KundInnen und Unternehmen teurer. So ist die Krise übergeschwappt auf den sogenannten realen Sektor; 2008/2009 kam es zu ersten großen Firmenpleiten und Entlassungen. Damit hatten auch Privathaushalte weniger Geld, sie konnten weniger konsumieren, und auch das wirkte sich für die gesamte Wirtschaft nachteilig aus. Somit kam es von der „Finanzkrise" zur „Wirtschaftskrise". Die „Wirtschaftskrise" 2009 führte zu einem beispiellosen Rückgang des Wirtschaftswachstums. Das BIP ist kleiner geworden, anstatt – wie üblich – größer, je nach Land in unterschiedlichem Ausmaß, und die Arbeitslosigkeit ist in allen Ländern massiv angestiegen. Plötzlich haben die ganzen neoliberalen Wirtschaftsbosse und Bankenbosse nach Hilfe vom Staat gerufen. Diese Hilfe gab es auch, die Staaten haben viel Geld zugeschossen. Zugleich sind durch die „Wirtschaftskrise" die Lohneinkommen, Konsumausgaben etc. gesunken, d.h. in all den Bereichen hat der Staat über Steuern weniger eingenommen, hatte aber höhere Ausgaben durch die Konjunktur-Maßnahmen und höhere Ausgaben in der Arbeitslosenversicherung. So landeten wir beim vierten Schritt, bei dem wir heute sind, bei der „Staatsschuldenkrise".

Was heißt denn „neoliberale Wirtschaftspolitik" genau?

Neoliberale Wirtschaftspolitik fordert: Privatisierungen, Deregulierungen, Flexibilisierung des Arbeitsmarkts und auch des Finanzmarkts, möglichst wenige Staatsinterventionen – kurzum neoliberale Wirtschaftspolitik ist ein großer Umverteilungsmechanismus. Die Wirtschaft an sich sei stabil, wird da behauptet, und führe von sich heraus nicht zu Ungleichgewichten und Wirtschaftskrisen – wenn es dazu kommt, dann seien externe Faktoren daran schuld. Deshalb Rückzug des Staates aus allen Bereichen, außer zum Schutz des Privateigentums, zur Sicherstellung der Rechtsverträge, Landesverteidigung u.Ä.

Neoliberale Wirtschaftspolitik ist seit den 1980er Jahren dominant: vertreten in Großbritannien durch Margret That

cher, in den USA durch Ronald Reagan. Zur Durchsetzung der Politik kam immer die Drohung: Wenn das nicht passiert, dann wandern die Unternehmen ab. Ähnliche Drohungen gibt es heute noch, allerdings kommen durch die Krise neue Durchsetzungsmechanismen hinzu. Griechenland wird de facto erpresst: Entweder die Sparmaßnahmen im öffentlichen Bereich und Privatisierungen etc. werden umgesetzt, oder es gibt kein Geld. Dieselben Forderungen wurden in den 1980er Jahren über IWF und Weltbank übrigens auch an verschuldete Länder Afrikas und Lateinamerikas gestellt – mit massiven Verarmungsfolgen für die Bevölkerung.

Wurde neoliberale Wirtschaftspolitik durch die Krise sogar noch gestärkt?

Als die Wirtschaftskrise die Unternehmen und Banken direkt stark betroffen hatte, war es nicht so. Da wurde sogar nach staatlicher Unterstützung und Regulierung gerufen. Kaum hatte sich die Wirtschaft aber wieder erholt, erstarkte das neoliberale Denken erneut und ist heute wahrscheinlich institutionell sogar noch stärker verankert.

Der Kapitalismus ist also nicht in der Krise?

Für den Großteil der Menschheit war und ist der Kapitalismus schon immer – auch ohne Krise – eine Katastrophe. Jetzt sind Teile der industrialisierten Welt in einer substanziellen Krise, und die Aufregung ist viel größer. Finanzkrisen hat es in den 1980er Jahren in Ländern Afrikas und Lateinamerikas massiv gegeben, wo wahrscheinlich sogar mehr Menschen leben als in den Regionen, die jetzt betroffen sind, und da hat niemand von einer Weltwirtschaftskrise geredet.

Wieso muss der Staat eigentlich Banken retten? Was wäre so schlimm daran, wenn die einfach pleitegehen?

Wenn eine Bank bankrottgeht, wie es ja manchen ergangen ist, ist das gesamtwirtschaftlich nicht so schlimm, die Angestellten der Bank werden arbeitslos, und ein paar beteiligte Leute haben Verluste. Wenn aber alle Banken bankrottgehen, dann ist der Kapitalismus gestorben. Banken verwalten das Geld, und ohne Geld gibt es keinen Kapitalismus. Unternehmen und Staaten brauchen Kredite, das ist etwas ganz Normales im Wirtschaftsprozess. Das war auch die Befürchtung in den USA zu Beginn der Finanzkrise: Wenn die Staaten eine Bank nach der anderen bankrottgehen lassen (die „Lehman Brothers"-Pleite war der Anfang), könnte das einen Domino-Effekt auslösen, alle Leute wollen ihre Spareinlagen abheben, aber dann

Demo in Griechenland gegen die massiven Sozialkürzungen der Regierung im Sommer 2011

bricht das gesamte Bankensystem ein, denn so viel Geld hat keine Bank. Banken leben ja davon, dass sie das Geld, das sie bekommen, auch wieder verborgen bzw. andere Geschäfte damit machen.

In Griechenland wird massiv gespart, weil der Staat eigentlich bankrott ist. die Menschen wehren sich gegen den sozialen Kahlschlag. Kann so eine Situation auch in Österreich entstehen?

Wie krisengefährdet ein Land ist, hängt von sehr vielen Faktoren ab. Die Staatsverschuldung alleine ist nicht ausschlaggebend. Griechenland hat im Vergleich zu anderen europäischen Ländern zwar einen hohen Schuldenstand, aber nicht den höchsten. Was in Griechenland aber passiert ist: Wie alle Länder nimmt Griechenland Kredite auf zur Refinanzierung. Nun haben die Rating-Agenturen die Bonität herabgestuft, mit der Folge, dass Griechenland wesentlich mehr Zinsen für neue Kredite zahlen muss, sodass es sich die Kredite nicht mehr leisten kann. Bei der Herabstufung spielen viele Wirtschaftsindikatoren eine Rolle: das Budgetdefizit, aber auch das Wirtschaftswachstum, Arbeitslosigkeit, Leistungsbilanzdefizit u.Ä. Und bei allen diesen Indikatoren ist Österreich relativ gut aufgestellt. Was übrigens auch heißt, dass Österreich wie auch Deutschland von der Griechenland-Krise über die Handelsverflechtungen durchaus auch profitiert hat, wie auch einige Banken und andere Gläubiger und Gläubigerinnen, weil sie nun sehr hohe Zinsen bekommen. Ob es auch in Österreich zu einer massiven Krise kommen kann, hängt davon ab, wie es sich insgesamt weiterentwickeln wird. Das ist schwer vorauszusagen, aber durchaus möglich.

Die Gehälter von ManagerInnen steigen, die Reichen werden immer reicher, die Armen immer ärmer. Gleichzeitig wird der Bevölkerung erklärt, dass nun alle sparen müssen, Sozialleistungen werden gekürzt, Strom und Gas werden immer teurer, „Leistung" wird eingefordert. Ist es nicht längst Zeit für einen Generalstreik?

Die Streikkultur in Österreich schaut – etwa im Vergleich zu Griechenland – ganz anders aus: „Wir" sind viel braver, die Gewerkschaften sind braver und eingebunden in den Staatsverwaltungs-Apparat. Umgekehrt gibt es die Kultur des Jammerns, aber am Biertisch, und von dem rührt man sich dann nicht weg. Andererseits haben Protestbewegungen oft auch eine Dynamik, die nicht vorhersehbar ist. Das hat sich zuletzt bei den Studierendenprotesten gezeigt – das waren massive Proteste, mit denen niemand vorab gerechnet hat. Insofern kann ich mir gut vorstellen, dass es auch in Österreich zu größeren Protesten kommt. Und es ist klar, dass es die braucht, damit das System sich grundlegend ändert. Das hat sich ja zuletzt in vielen Ländern gezeigt. Weltweit betrachtet sind die Proteste mittlerweile größer als 1968.

Investieren oder sparen: die einen sagen, Staat und Gesellschaft müssen sparen, damit die Schulden weniger werden. die anderen sind überzeugt davon, dass eine Wirtschaftskrise nur durch Investitionen zu überwinden ist, denn nur so wird die Wirtschaft angekurbelt, Arbeitsplätze geschaffen, Konsum gesteigert etc. Wer hat recht?

Prinzipiell sind sich alle einig, dass investiert werden soll, die Streitfrage ist nur: Wer soll investieren? Soll der Staat investieren oder private Unternehmen? Eine kapitalistische Wirtschaft funktioniert nur über Investitionen, doch die Neoliberalen schränken ein: Der Staat soll es nicht tun, weil der macht lauter Fehler.

Welche spezifischen Auswirkungen hat die Krise auf Frauen?

Grundsätzlich und auch bei den Auswirkungen der Krise wird im Normalfall immer nur der monetäre Bereich betrachtet: Staatsverschulden, Unternehmensgewinne, manchmal auch die Einkommen. Da ist man aber schon progressiv, wenn auch die sinkenden Einkommen mitbedacht werden. Aber es wird nie geschaut, was mit der unbezahlten Arbeit passiert, oder was passiert, wenn in einem Haushalt die Einkommen sinken – beispielsweise wegen der staatlich subventionierten Kurzarbeit oder der steigenden Arbeitslosigkeit. Dadurch wird die materielle Basis des Haushaltes geschwächt, was u.a. dadurch ausgeglichen werden kann, dass mehr selber gekocht wird, mehr selber repariert etc. – das wird zu 80 Prozent von den Frauen geleistet. Genauso der Pflegebereich: Wenn Krankenhaus und Pflegeheim nicht mehr leistbar sind, übernehmen das die Frauen. Noch dazu sind bei Kürzungen im Gesundheitsbereich v.a. Frauenjobs betroffen. Das ist in der Diskussion um die Krise völlig unsichtbar. Denn unbezahlte Arbeit ist in den Wirtschaftswissenschaften kein Faktor, es fließt ja kein Geld, deshalb taucht es in den Bilanzen nicht auf. Eine ganz andere Frage ist noch, inwiefern es zu einem Anstieg von physischer oder psychischer Gewalt gegen Frauen kommt. Das wird auch kaum diskutiert. Jedenfalls wird in Arbeitsstunden gemessen in Österreich mehr unbezahlt gearbeitet als bezahlt. Würden wir die unbezahlte Arbeit niederlegen, würde die Wirtschaft innerhalb kürzester Zeit zusammenbrechen.

Ein bedingungsloses Grundeinkommen, d.h. ein existenzsicherndes Einkommen für alle Menschen ohne Voraussetzungen und in jeder Lebenslage: Ist das eine Lösung gegen die Armutsspirale?

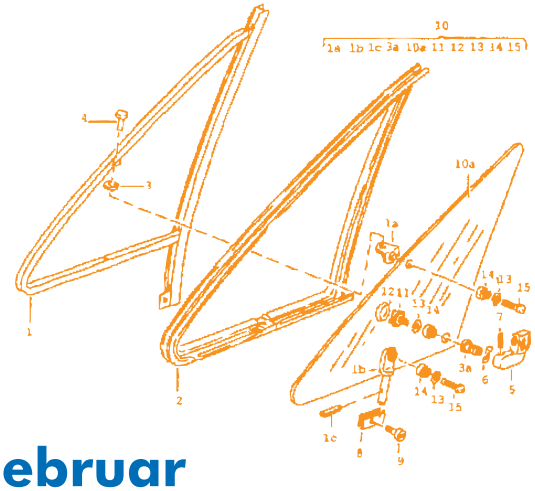
Auf jeden Fall. Es steht und fällt jedoch mit der Höhe des Grundeinkommens, es muss tatsächlich mindestens existenzsichernd sein. Gefordert wird eine Höhe, die ein gutes Leben ermöglicht. Das hat zwei große Vorteile: Erstens, dass die ganze unbezahlte Arbeit zumindest symbolisch anerkannt wird. Zweitens befreit es die Menschen vom Zwang der Lohnarbeit, d.h. ich muss den Niedriglohn-Job nicht annehmen. Und wenn den dann keiner mehr macht, wird sich das Lohnniveau automatisch steigern. Das macht das Grundeinkommen so attraktiv: Es fangen mehrere Räder aus unterschiedlichen Wirtschaftsbereichen zugleich an, sich zu drehen. In Kanada wurde das Grundeinkommen in den 1980ern in einer Region mal probeweise eingeführt, und sofort ging die Scheidungsrate nach oben, weil plötzlich die ökonomische Unabhängigkeit der Frauen höher war.

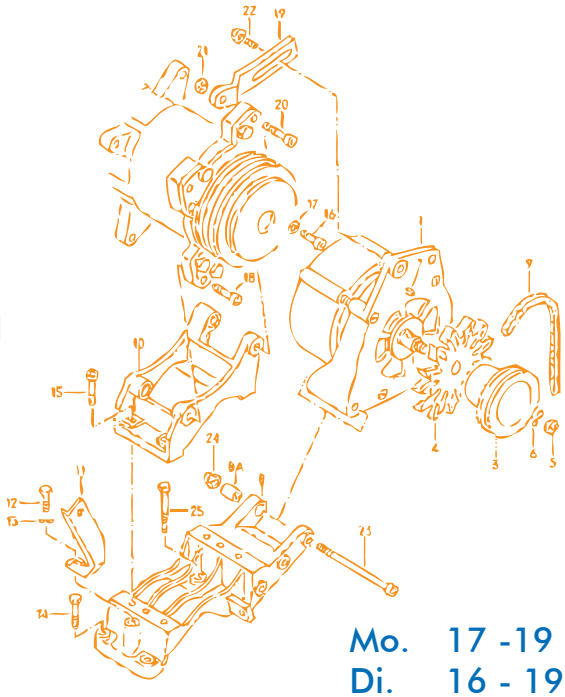
Käthe Knittler ist feministische Ökonomin. Lebt und arbeitet in Wien. Hat Volkswirtschaft studiert und hält Lehrveranstaltungen zu feministischer Ökonomie. www.forschungswerkstatt.org

aus: an.schläge november 2011

Januar

Fr.	6.1.	22:00	Mash up di place (live)
Sa.	7.1.	22:00	LesBiSchwule 80er-Party
Fr.	13.1.	22:00	Fachschaftspary: SoPäd
Fr.	20.1.	23:00	Bad Taste
Sa.	21.1.	22:00	MÄNNERfabrik
Fr.	27.1.	23.00	Ein Psychedelisch Maskenball
Sa.	28.1.	23:00	Rosa Disco



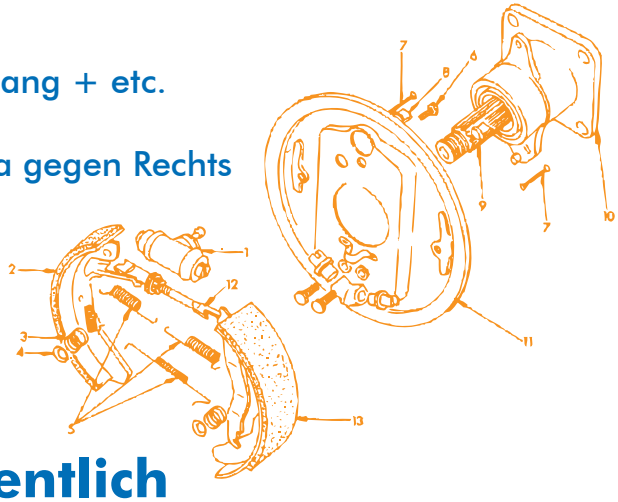


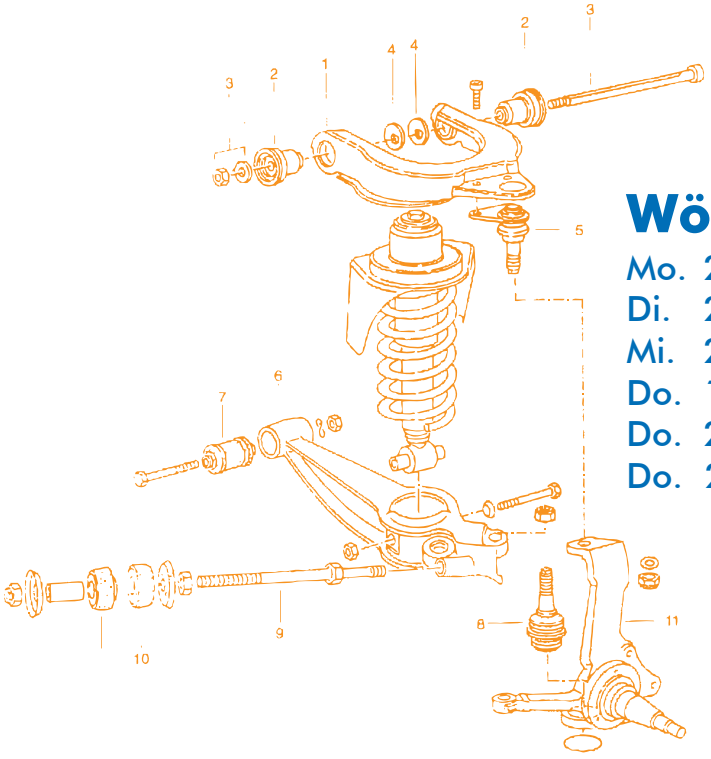
Mo. 17 -19 Uhr
Di. 16 - 19 Uhr
Do. 18 - 21 Uhr
Fr. 16 - 19 Uhr

Infoladen roter strumpf

Februar

Fr.	3.2.	22:00	Istari Lasterfahrer + Sozialistischer Plattenbau
Sa.	4.2.	22:00	Homophilias
Fr.	10.2.	23:00	Goa Party
Sa.	11.2.	22:00	Mash up di place (live)
So.	12.2.	21:00	Konzert: Death Metal: Undergang + etc.
Sa.	18.2.	22:00	MÄNNERfabrik
Fr.	24.2.	23.00	Dagoberts´s Geburtstag – Goa gegen Rechts
Sa.	25.2.	23:00	Rosa Disco





Wöchentlich

Mo.	20.30	Antifa-Cafe
Di.	20.00	Subklub
Mi.	20.00	Theatergruppe
Do.	17:30	Action Samba Band, RoR
Do.	20.00	Vokü, danach Kneipe
Do.	21.00	Oldenburger Rechtshilfe

Monatlich

1. Mi.	20.00	FrauenLesbenTransKneipe
3. Mi.	21.00	Punkkneipe
2. Fr.	20.30	NutzerInnenplenum